



das ZUKUNFTS- PROGRAMM

der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.



ZUKUNFTSPROGRAMM der CDU Deutschlands

Beschluß des 10. Parteitages der CDU-Deutschlands

vom 17. -19. Mai 1998

An der Schwelle zum 21. Jahrhundert tritt die Christlich Demokratische Union mit einem Zukunftsprogramm an, das sich zum Ziel gesetzt hat, die politischen Schlußfolgerungen aus den Erkenntnissen zu ziehen, die uns heute sagen, wie wir morgen leben und arbeiten werden. „Sicher in die Welt von morgen“ ist das Versprechen, an dessen Einlösung wir arbeiten.

Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und das Wissen um Gottes gute Schöpfung. Hieraus haben wir unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit entwickelt. Das Grundsatzprogramm der CDU „Freiheit in Verantwortung“ mit seiner zukunftsweisenden Konzeption der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft ist das programmatische Fundament dieses Zukunftsprogramms.

Im Mittelpunkt unserer Politik steht die unverletzliche Würde des Menschen, die wir schützen – am Anfang des Lebens ebenso wie an seinem Ende. Aus christlicher Zuversicht war die Union immer die Partei moderner, zukunftsweisender Konzepte. Unsere Ideen und Vorstellungen haben das Aufbauwerk nach dem Krieg vorangetrieben, haben aus Deutschland ein blühendes, weltweit anerkanntes Gemeinwesen gemacht. Mit der Deutschen Einheit hat sich eine unserer großen politischen Visionen erfüllt.

Heute stehen wir erneut vor weitreichenden Veränderungen – Veränderungen, die vor allem Chancen bieten, vielversprechende Zukunftschancen für uns alle. Wer sich den Blick darauf nicht verstellen läßt, für den öffnet sich ein großartiges Panorama, ein Zeitalter, das unseren Kindern und Enkeln mehr Chancen bietet als jede Zeit zuvor. Wir, die CDU Deutschlands, besitzen den Kompaß und das Richtmaß, um in dieser neuen Zeit Kurs zu halten – einen menschlichen, an christlichen Werten ausgerichteten Kurs. Wir haben eine Vorstellung davon, wohin und wie sich unser Gemeinwesen in einer veränderten Welt entwickeln sollte, und wir besitzen die notwendige Tatkraft, diese Entwicklungen mutig voranzutreiben. Unsere Vorstellungen haben wir in einem Zukunftsprogramm zusammengefaßt, das wir der deutschen Öffentlichkeit vorlegen.

INHALT

Vorwort	3
A. Eine Welt im Umbruch – eine Welt voller Chancen	6
B. Antworten für Deutschland	20
I. Wettbewerbsfähigkeit stärken – mehr Beschäftigung schaffen	20
1. Wettbewerbsfähigkeit – für Wachstum und Beschäftigung, Wohlstand und soziale Sicherheit	20
2. Steuerpolitik – für mehr Arbeitsplätze	21
3. Bildungsreform – für eine zukunftsfähige Gesellschaft	22
4. Innovationen – für unsere Chancen auf den Zukunftsmärkten	25
5. Infrastruktur – für einen starken Standort	26
6. Lebensfähige Räume – für die Zukunft unserer Landwirtschaft	28
7. Nachhaltige Entwicklung – für neue Wege in der Umweltpolitik	30
II. Spielraum für kleine Einheiten	31
8. Dezentralisierung – für mehr Anpassungsfähigkeit	31
9. Staatsausgaben senken – für mehr private Initiative	32
10. Föderalismus reformieren – klare Verantwortung für jede Ebene	33
III. Arbeit für alle	34
11. Arbeit für alle – die wichtigste soziale Frage	34
12. Dienstleistungen – für mehr Beschäftigung	35
13. In die eigene Zukunft starten! Für Selbständigkeit und Existenzgründungen	36
14. Vermögensbildung – mehr Eigentum für alle	38
15. Kombilohn – für weniger Langzeitarbeitslosigkeit	39

IV. Aufbau Ost	41
16. Aufbau fortführen – für einen selbsttragenden Aufschwung	41
17. Nationale Solidarität – das Band der Einheit	43
V. Sozialstaat der Zukunft	45
18. Umbau des Sozialstaats – für ein Leben in sozialer Sicherheit	45
19. Politik für Familien – Politik für die Zukunft	47
20. Soziale Gemeinschaften stärken – für Verwurzelung und Zusammenhalt	49
VI. Innere Sicherheit und Stabilität	50
21. Werte und Orientierungen – für eine Gesellschaft des Miteinanders	50
22. Kriminalität bekämpfen – Freiheit sichern	51
23. Bürokratie abbauen – für einen schlanken Staat	54
24. Ausländer in Deutschland – für ein gedeihliches Zusammenleben	55
VII. Verantwortung für Europa und die Welt	57
25. Die europäische Einigung vollenden – für Frieden und Wohlstand in Europa	57
26. Stabiler Euro – für mehr Wachstum und Beschäftigung	61
27. Globale Umweltpolitik – für die Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts	62
28. Unsere Verantwortung für die eine Welt	64

A. Eine Welt im Umbruch – eine Welt voller Chancen

Wir Deutschen haben viel erreicht, und wir haben Grund, darauf stolz zu sein. Wir leben im Wohlstand – unser Pro-Kopf-Einkommen ist eines der höchsten in der Welt. Wir sind eine der bedeutendsten Exportnationen, technologisch mit an der Spitze. Wir leben in sozialer Sicherheit – mit einem eng geknüpften sozialen Netz, durch dessen Maschen niemand fällt. Wir leben in Freiheit – nach Jahrzehnten gewaltsamer Trennung gilt das jetzt für alle Deutschen in Ost und West. Wir leben im Frieden – in politisch stabilen Verhältnissen, ohne die tiefgreifenden Konflikte, unter denen anderswo die Menschen zu leiden haben, als eine der führenden Nationen in Europa, in der Welt. Es geht uns besser, als wir es uns vor Jahrzehnten hätten träumen lassen.

Doch es ändert sich vieles in unseren Tagen und wenig scheint zu bleiben, wie es einmal war. Vieles verändert sich dramatisch, anderes eher unmerklich und schrittweise, aber kaum weniger einschneidend. Kein Zweifel: Wir leben in einer Zeit beschleunigten Wandels.

Das verunsichert viele von uns. Was wird uns die Zukunft bringen? Wird das Erreichte bewahrt werden können? Wie wird die Zukunft unserer Gesellschaft aussehen nach der Jahrhundertwende, wie wird die Welt beschaffen sein, in der wir dann leben werden?

Eine Gesellschaft im Wandel

Schon heute steht fest: Wir werden in einer Gesellschaft leben mit sehr viel mehr älteren und sehr viel weniger jungen Menschen. Die Lebenserwartung steigt, die Geburtenzahlen stagnieren. Das Zusammenleben von Kindern, Eltern, Großeltern, anderen Verwandten unter einem Dach – noch um die Jahrhundertwende die Regel – wird zur Ausnahme. Mehr und mehr Menschen leben allein – Ausdruck wachsender Vereinzelung ebenso wie schwächer werdender sozialer Bindungen.

Unser Leben wird nicht nur länger, es wird auch vielfältiger, abwechslungsreicher. Der Freiraum für individuell gestaltete Lebensentwürfe wächst. Der überkommene Vierklang aus Ausbildung, Erwerbs-

arbeit, Familie und Rente wird abgelöst durch vielfältige Kombinationen von Lern- und Kreativphasen, zeitlich unterschiedlich intensiven Phasen der Berufstätigkeit, der Kindererziehung und des Engagements in der Familie, Phasen ehrenamtlicher Tätigkeit. Viele werden mehrmals in ihrem Leben noch einmal neu anfangen.

Verwandtschaftsbeziehungen prägen unser Leben anders als früher. Soziale Bindungen an Geburtsort und Herkunftsmilieu werden – allein auch schon durch häufigeren Wohnortwechsel – für unser Zusammenleben nicht mehr dieselbe Rolle spielen. Um so mehr werden wir künftig aufwenden, um neue, alternative oder ergänzende Sozialbeziehungen aufzubauen. Der Freundeskreis, auch der Kollegenkreis werden wichtiger.

Lebensstil und Rollenverständnis der Frauen werden sich weiter verändern. Berufstätigkeit und Berufskarriere gewinnen noch an Bedeutung, die Verteilung der Geschlechterrollen, was Verpflichtungen im Haushalt und in der Erziehung anbelangt, verändert sich. Eine flexible Arbeitswelt, mehr Angebote an Kinderbetreuungseinrichtungen und an Dienstleistungen für Haushalt und Kindererziehung werden helfen, Familie, Beruf und sonstige Interessen partnerschaftlich miteinander zu vereinbaren.

Das Berufsleben unserer Kinder wird dem Berufsleben unserer Eltern immer weniger ähnlich sehen. Was früher als normal galt – 40-Stunden-Woche, rundum sozial abgesichert und bis zum 60. oder 65. Lebensjahr im selben Betrieb – das wird zukünftig nicht mehr die Regel sein. Sehr viel mehr Menschen werden eine Teilzeittätigkeit ausüben, in einem befristeten Arbeitsverhältnis oder einem Zeitarbeitsverhältnis stehen.

Das gewohnte Arbeitszeitschema – Montag bis Freitag, 8.00 Uhr bis 16.00 Uhr – wird durch eine Neugestaltung unserer Arbeitszeit abgelöst. Erfordert es eine bestimmte Aufgabe, kann die Regelarbeitszeit deutlich überschritten werden, die Differenz wird gutgeschrieben. Gleitzeit, Zeitkonten, Zeitgutscheine ermöglichen immer individuelle Gestaltungen, können je nach Interessenlage des Arbeitnehmers für Qualifizierung, Blockfreizeit oder vorgezogenen Ruhestand genutzt, am Ende gar vererbt werden.

Der Anteil des Arbeitslebens an der Lebenszeit wird insgesamt weiter zurückgehen. Die gesteigerte Lebenserwartung, Fortschritte in der ge-

sundheitlichen Vorsorge und Versorgung, ein zunehmender privater Wohlstand machen das Alter zu einem neuen, eigenständigen Lebensabschnitt mit vielfältigen Möglichkeiten und Chancen, ein Lebensabschnitt, den sich der Einzelne nach seinen Zielen und Wertvorstellungen autonom gestalten kann.

Technischer Fortschritt und Rationalisierung verändern unsere Arbeitswelt in atemberaubendem Tempo. Robotergesteuerte Produktion in der vollautomatischen Fabrik ist keine Utopie, sondern greifbare Wirklichkeit. Auch Routinearbeiten im Büro werden dank Datenverarbeitung und modernen Telekommunikationsdiensten zukünftig immer weniger anfallen.

Die Arbeitswelt der Zukunft wird stärker geprägt sein von Dienstleistungen aller Art. Zum Teil hoch spezialisiert: im Informations- und Kommunikationsbereich, im Bereich neuer Medien, im Freizeit- und Unterhaltungssektor, in der Entwicklung und Wartung moderner Technik, in der Kundenbetreuung, in neuen Serviceleistungen. Zum Teil auch einfacher Art: Versorgung von Privathaushalten mit dem täglichen Bedarf, Familien- und Pflegehilfen, Unterstützung für ältere Menschen, Hilfen an Tankstellen, in Supermärkten, Begleitpersonen im öffentlichen Personennahverkehr, Pförtner, Kleinhandwerk und anderes mehr. Vor allem Wissen wird zur Quelle der Wertschöpfung: Informationssuche, Informationsverarbeitung, Informationsaufbereitung, Informationsumsetzung und die darauf basierenden Dienstleistungen – das wird den Kern bilden neuer beruflicher Tätigkeiten in der modernen Wissensgesellschaft.

Industrielle Großbetriebe mit Tausenden von Beschäftigten wird es weniger geben. Die Zukunft gehört eher den kleinen und mittleren Betrieben, darunter viele Neugründungen, die in der Lage sind, auf eine rasch wechselnde Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen flexibel zu reagieren. Unternehmen, die mit wenigen Festangestellten operieren, ohne starre Strukturen, die ihre Geschäftstätigkeiten mit wechselnden Subunternehmen durchführen, die sie nach dem Baukastenprinzip je nach Auftrag zu einer „virtuellen Firma“ zusammenführen, computervernetzt, und dann wieder auflösen oder neu gruppieren.

Den einzelnen Arbeitnehmer befreit dieser Wandel in der Unternehmensstruktur aus dem starren Schema fabrikmäßiger Arbeitsorganisation. Die modernen Informations- und Kommunikationssysteme er-

möglichen ihm ein wachsendes Maß an räumlicher und zeitlicher Autonomie. Ob im Büro, zu Hause oder unterwegs, ob morgens, mittags oder abends, ob allein oder interaktiv zu virtuellen Teams vernetzt - wir bestimmen zunehmend selbst, wann, wie und wo wir unsere Arbeit erledigen wollen. Entlohnt wird weniger nach Zeit, zunehmend mehr nach dem Ergebnis - mit einem Festgehalt, das nach persönlicher Leistung und Unternehmenserfolg aufgestockt wird, zum Teil in Form einer Unternehmensbeteiligung.

Mehr Freiraum am Arbeitsplatz, das bedeutet einen Zuwachs an Eigenverantwortung, an Selbstmanagement. Selbständigkeit - das wird die wichtigste Arbeitstugend der Zukunft. Auch die abhängige Erwerbstätigkeit wird ein zunehmend höheres Maß an Selbständigkeit verlangen.

Berufliche Qualifikation und Bildung erfährt unter solchen Umständen einen gewaltigen Bedeutungszuwachs. Nicht nur den Arbeitsplatz werden die Menschen zukünftig mehrfach wechseln, auch der Inhalt ihrer Tätigkeit wird nicht derselbe bleiben. Die Ausbildung der Zukunft wird breiter angelegt sein als heute, weniger Gewicht auf Detailwissen, dafür mehr Gewicht auf Lerntechnik, Lernfähigkeit legen.

Ausbildung wird sich immer weniger einer bestimmten Lebensphase zuordnen lassen. Um den Anforderungen in Arbeit und Beruf gerecht zu werden, wird sich der Erwerb von Qualifikation und Kompetenzen lebenslang erstrecken. Nicht mehr die einmal erworbenen Abschlüsse und Diplome oder die Zahl der Berufsjahre werden über Einkommen und Karrierechancen entscheiden, sondern die Bereitschaft und Fähigkeit, sich immer wieder neu zu orientieren, umzulernen, neue Kenntnisse zu erwerben, sich neue Tätigkeitsfelder zu erschließen.

Neben Selbständigkeit und Initiative werden Selbstvertrauen, Urteilsvermögen, die Fähigkeit, mit anderen zu kooperieren, Flexibilität, Kreativität und die Fähigkeit, in Zusammenhängen zu denken, eine entscheidende Rolle für Erziehung und Bildung spielen. Auch unsere Erziehungsziele werden wir auf die Arbeitswelt der Zukunft ausrichten müssen.

Mehr Bildung, viel freie Zeit, Interesse an Kreativität - unter derart günstigen Bedingungen werden kulturelle Ereignisse und Veranstaltungen immer mehr Menschen in ihren Bann ziehen. Die Zahl derer, die wenigstens einmal pro Woche einen Abend in der Oper, im Theater, im

Konzert oder im Kino verbringen, ein Museum oder eine Kunstausstellung besuchen, hat sich in den letzten 10 Jahren mehr als verdoppelt. Immer wichtiger wird dabei der Erlebnischarakter von Kultur, zumal wenn es sich um Gemeinschaftserlebnisse handelt. Das gilt keineswegs nur für Popkonzerte – auch Opernmusik läßt sich zur Unterhaltungsshow mit Weltstars arrangieren, das klassische Konzert zum Open-air-Erlebnis.

Immer wichtiger wird die Verbindung von Freizeit mit Kultur: Festival und Kulturwoche, Kreativurlaub und Kulturtourismus. Die Kultur muß nicht mehr zu den Menschen kommen. Die Menschen kommen zur Kultur, sind für das große Ereignis bereit, auch viel Zeit und Geld zu opfern: stundenlange Anreise zum Musikfestival, Kurzurlaub zum Besuch eines Musicals, Ausstellungs- und Bildungsreisen. Kultur hat gute Aussicht, mit dem Sport als populärste Freizeitbeschäftigung in unserer Gesellschaft gleichzuziehen.

Eine neue Welt

Uns umgibt eine neue Welt. Länder und Kontinente rücken näher zusammen, Grenzen trennen nicht mehr. Wir treiben Handel rund um den Globus, die Begegnung mit Menschen aus allen Erdteilen ist für uns längst nichts Außergewöhnliches mehr, und wir kennen uns in den entlegensten Ecken dieser Welt häufig besser aus als im eigenen Land.

Die ökonomische Tragweite dieses weltweiten Zusammenwachsens läßt unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft nicht unverändert. Die rasante Zunahme der Handelsströme bricht die hergebrachte internationale Arbeitsteilung auf. Der Wettlauf um frei verfügbares, aber knappes Kapital verschärft den Wettbewerb um Investitionen. Die Kommunikations- und Verkehrstechnologie eröffnet den Unternehmen ungeahnte Möglichkeiten, Produktion und Vertrieb neu zu strukturieren. Nähe und Entlegenheit von Standorten und Märkten werden nicht mehr allein aus der geographischen Entfernung bestimmt. Sie hängen von den Investitions- und Wettbewerbsbedingungen ab, von der Verbreitung des Know-hows und der Qualität der Ausbildung in der Region.

Neben der wirtschaftlichen Integration beginnt sich ein globales ökologisches Bewußtsein herauszubilden. Dies ist Voraussetzung, damit Umweltprobleme gemeinsam analysiert und gemeinsam gelöst wer-

den können. Furcht vor Umweltkatastrophen oder der Anwendung von militärischer Gewalt zwingen die Weltgemeinschaft an einen Tisch, zwingen zu gemeinsamem Handeln.

Auch politisch und mental bewirkt die Globalisierung einen großen Wandel. Über gemeinsame Erlebnisse (globale Musikereignisse, weltweite Filmerfolge, internationale Sportveranstaltungen) entstehen gemeinsame Erfahrungswerte. Gerade die Jüngeren halten in ihrem unvoreingenommenen Umgang mit den Möglichkeiten moderner Information und Kommunikation, bis hin zum Internet und zur Satellitenkommunikation, den Schlüssel in der Hand, um sich mit der globalen Umwelt vertraut zu machen, sich in ihr „informativ“ zu bewegen.

Der Zugang zu Informationen und Wissen bestimmt über Erfolg und Stärke des Einzelnen wie der Gesellschaft von morgen. Schon heute konkurrieren wir mit Staaten, die sich über die konsequente Nutzung der Informationstechnologie in die Modernität katapultiert haben. Sie kommen mit großem Tempo voran. Mit den Erfolgen der Vergangenheit werden wir uns einen Spitzenplatz im internationalen Wettbewerb nicht auf Dauer sichern. Wir können unser Wohlstandsniveau nicht vererben, und wir können bei dem Erreichten nicht einfach stehenbleiben. Wir müssen unseren Lebensstandard im Wettstreit mit neuen Konkurrenten stets neu erwerben.

Gleichzeitig können und wollen wir nicht in einen Wettlauf mit Billiglohnländern eintreten. Wir halten am Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft Ludwigs Erhards fest. Es gilt deshalb, bei Neuem schneller und in Bewährtem besser zu sein als andere. Darüber entscheidet sich unser Wohlstand, darüber entscheiden sich die Perspektiven der jungen Generation.

Strategien unserer Politik

Freiheit – eine Strategie der Chancen

Eine zusammenwachsende Welt ist eine Welt voller neuer, großer Chancen. Im Wettbewerb der Wirtschaftsstandorte steht unser Land mit vielen Vorzügen da. Es fehlt uns allerdings noch an gesellschaftlicher Mobilität, an Flexibilität in den Arbeits- und Lebensformen, an Wagemut und Risikobereitschaft. Es gilt, sich auf die Grundwerte der Sozialen Marktwirtschaft – Leistung und soziale Gerechtigkeit, Wett-

bewerb und Solidarität, Eigenverantwortung und soziale Sicherung - zu besinnen, um neues Vertrauen in die Wirksamkeit des Wettbewerbs und Marktprinzips zu fassen.

Das ehrgeizige Ziel, das sich die Politik setzen muß, liegt darin, eine Kultur der Selbständigkeit anzustreben, in der der Einzelne mehr Verantwortung für sich und andere trägt und in der er das nicht als Last, sondern als Chance begreift. Dies gilt für die Unternehmen, denn heute und in Zukunft muß sich die Leistungskraft der deutschen Wirtschaft in einer gesteigerten Innovationsfähigkeit erweisen. Dies gilt ebenso für die Gesellschaft, die den Freiheitsgrad ihres Zusammenlebens qualitativ steigern muß, um den Aufbruch in eine moderne Dienstleistungsgesellschaft mit großen Beschäftigungschancen nicht zu verpassen.

Deshalb wollen wir:

- Deutschland leistungsfähiger machen, damit es sich im globalen Wettbewerb behaupten kann;
- die Freiheit des Einzelnen und seine Verantwortung stärken;
- den sozialen Ausgleich sichern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt garantieren, damit angesichts des rasanten Wandels niemand zurückbleiben muß.

Verantwortung – eine Strategie der Lebensführung

Der Schwerpunkt der Sozialpolitik muß darauf liegen, den sozialen Zusammenhalt zu stärken. In einer modernen Gesellschaft mit individuellen Lebensentwürfen ihrer Bürger wird sich die Mischung aus Eigenverantwortung und sozialer Absicherung verändern. Selbstverantwortung schließt Mitverantwortung ein. Höchste Priorität genießen daher Maßnahmen, die den Neueintritt in den Arbeitsmarkt und die Rückkehr in Beschäftigung für diejenigen fördern, die herausgefallen sind.

Ein Kern unserer Modernisierungsanstrengungen stellt die Bildungspolitik dar. Bildung ist der Schlüssel für die Lebenschancen und die Leistungsfähigkeit jedes Einzelnen. Sie entscheidet über die Wettbewerbsfähigkeit zukünftiger Generationen. Vor allem entscheidet sich an Inhalten und an der Gestaltung von Bildung, ob der Aufbruch in eine Gesellschaft der Freiheit und der selbstverantwortlichen Lebensführung gelingen kann.

Selbständigkeit muß ermutigt werden. Eigenständigkeit der Person wird zum neuen Leitbild, damit die Bereitschaft zu lebenslangem Lernen reift. Selbstverantwortete Lebensführung, um die eigenen Chancen zu entfalten und um in sozialer Verantwortung für Mitmenschen und die Gemeinschaft dazusein, wird zum zentralen Ziel der Bildung.

Deshalb wollen wir:

- die Beschäftigung, auch in neuen und flexibleren Formen, zum Leitbild der Wirtschafts- und Sozialpolitik machen, damit die soziale Integration möglichst alle einschließen kann;
- die sozialen Sicherungssysteme schrittweise durch private kapitalbildende Vorsorge ergänzen;
- Leistungen der allgemeinen Sozialpolitik so umbauen, daß Anreize der Eigenverantwortung gestärkt werden und der Gemeinsinn geschärft wird;
- in Erziehung und Ausbildung das neue Verständnis einer Wissensgesellschaft vermitteln und die Bereitschaft zur Dienstleistung verstärken, damit die freie und selbstverantwortliche Lebensführung der Persönlichkeit gelingen kann.

Europa – eine Strategie der Zukunft

Europa ist unsere Antwort auf die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen. Märkte und Ideen sind mehr denn je im Fluß, und die Staaten Europas können auf sich allein gestellt die Probleme nicht mehr ausreichend lösen. Die Politik ist gefordert, die Entwicklungen aktiv zu gestalten. Der Euro bietet uns dazu eine Chance.

Die Europäische Währungsunion wird den Leistungsaustausch zwischen ihren Mitgliedsländern verbessern, sie wird für mehr Wachstum und mehr Wettbewerb in Deutschland, in Europa sorgen. Sie wird den Druck auf eine Harmonisierung in der Steuer- und Finanzpolitik ebenso erhöhen wie die Vereinbarung von Mindeststandards im Sozial- und Umweltbereich notwendig machen – Maßnahmen, ohne die wir in einem kleinräumig gewordenen Europa die Probleme nicht bewältigen könnten. Der Euro wird einen Modernisierungsschub auslösen, zum Vorteil unserer Wirtschaft, der Beschäftigten, der Verbraucher.

Deshalb wollen wir:

- die Grundlagen von Freiheit, Sicherheit und Wohlstand durch die konsequente Integration und Zusammenarbeit sichern, damit Europa als Gemeinschaft in Wirtschaft und Währung global wettbewerbsfähiger wird;
- die Modernität des politischen Modells Europa für den Umbau unseres Landes nutzen, damit die Blockade und Selbstblockade bei Reformen in Politik und Wirtschaft und bei den notwendigen Veränderungen der Gesellschaft aufgebrochen werden;
- die gemeinsame Währung stabil und hart machen, damit sie zu einem starken Antrieb für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und Europas in der Welt wird.

Unser Ziel: Die modernste Gesellschaft Europas

Wir wissen so wenig wie andere, wie sich die Zukunft im einzelnen darstellen wird. Sie wird sich in einer sich rasch wandelnden Welt weniger denn je planen oder vorhersehen lassen. Aber wir wissen genau: Wir haben die Chance, sie im Einklang mit unseren Leitbildern, mit unseren Werten und Überzeugungen zu gestalten. Wir nehmen die Herausforderung der Freiheit an. Wir stellen uns der Verantwortung, auf größere soziale Gerechtigkeit hinzuwirken. Wir wollen gemeinsam die modernste Gesellschaft Europas schaffen. Modern, weil sie die Lebensführung des Einzelnen achtet, den Gemeinsinn scharf und in der Haltung von Menschen und Organisationen auf die Chancen zeigt. Mit unserem Mut werden Visionen zur Perspektive, werden Hoffnungen zur Chance.

Bei so viel Veränderung um uns herum müssen wir bereit sein, uns auch selbst zu verändern. Die Menschen im Osten Deutschlands haben ihren Mitbürgern im Westen in dieser Hinsicht viel voraus. Sie haben in den vergangenen Jahren einen beispiellosen Strukturwandel bewagt, der jedem Einzelnen viel zugemutet hat. Nur jeder vierte Arbeitnehmer im Osten ist heute noch auf seinem alten Arbeitsplatz beschäftigt, viele haben beruflich vollkommen neu angefangen. Mit den traditionellen Märkten in Mittel- und Osteuropa ist auch ein großer Teil der industriellen Basis im Osten Deutschlands weggebrochen, und auch sonst ist kaum ein Lebensbereich unverändert geblieben.

Die Menschen haben sich durch die vielen Umbrüche und Veränderungen nicht entmutigen lassen, sie haben sie im Gegenteil energisch vorangetrieben und aktiv gestaltet. Die ehemaligen Staatsbetriebe sind inzwischen fast vollständig privatisiert, 80 % haben ostdeutsche Eigentümer. 600.000 meist mittelständische Unternehmen sind neu gegründet worden. Der Osten Deutschlands verfügt heute über das modernste Telekommunikationsnetz Europas, 11.000 Kilometer Straßen und 5.500 Kilometer Schienen sind neu gebaut oder ausgebaut worden, mehr als die Hälfte aller Wohnungen wurde modernisiert. Die Chancen für ein beschleunigtes Wachstum, das endlich auch die Wende auf dem Arbeitsmarkt bringt, stehen gut. Es geht voran, trotz aller Probleme und Schwierigkeiten. Die Menschen haben Großes geleistet in den vergangenen Jahren, sie können stolz sein auf das Erreichte. Die neuen Länder haben Zukunft.

Die historische Zäsur der Jahre 1989 und 1990 hatte nicht nur den Umbruch im Osten zur Folge, sie hat auch den Westen verändert. Auch im Westen Deutschlands wächst die Notwendigkeit zur Neuorientierung. Veränderung, das setzt Anstrengung voraus, und Anstrengung fällt eher schwer nach Jahrzehnten des Wohlstands und der scheinbar mühelosen Zuwächse. Aber menschliche Existenz heißt nun einmal Veränderung, Voranschreiten, Anstrengung. Herausforderungen geben unserem Leben Erfüllung.

Darum geht es bei der Bundestagswahl am 27. September 1998: Es geht um die Frage, ob wir Deutschen mit den Umbrüchen und Veränderungen um uns herum mithalten, ob wir die Herausforderungen annehmen, vor die wir gestellt sind, ob wir diese Herausforderungen meistern und damit Zukunft aktiv gestalten. Oder ob wir den Herausforderungen auszuweichen versuchen, uns ausklinken, uns freiwillig auf den Weg in die Zweit- oder Drittklassigkeit begeben und die gestaltende Rolle anderen überlassen. Aufschwung oder Abstieg, Fortschritt oder Stagnation, Stabilität oder Unsicherheit, Weltoffenheit oder Isolation, Zukunftsfähigkeit oder Zukunftsverweigerung - das sind die klaren Alternativen.

Wenn wir uns in einer Welt, in der der Wettbewerb härter wird, Entfernungen schrumpfen, Grenzen nicht mehr trennen und die sozialen Veränderungen, die technologische Entwicklung, die Rationalisierung sich immer mehr beschleunigt, wenn wir uns in einer veränderten Welt Wohlstand und soziale Sicherheit erhalten wollen, dann müssen wir uns weiter anstrengen. Der Weg, den wir eingeschlagen haben und

den wir fortsetzen wollen, ist kein immer bequemer Weg. Aber es ist ein sicherer, ein verlässlicher Weg, der bessere Weg in eine gute Zukunft.

Unsere Erfolge

Wir sind auf diesem Weg in den vergangenen Jahren ein erhebliches Stück vorangekommen. Wichtige Weichenstellungen, die uns den Weg in die Zukunft ebnen werden, sind erfolgt.

Mehr Eigenverantwortung und Subsidiarität, weniger Bürokratie, Rückführung des Staatsanteils – von diesen Grundsätzen hat sich die Koalition leiten lassen in ihrem Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung vom April 1996, dessen 50 Punkte nahezu vollständig umgesetzt sind und mit dem wir Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit im weltweiten Ringen um Investitionen und Arbeitsplätze nachhaltig stärken konnten.

Wir haben die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall neu geregelt, damit die Tarifparteien wieder zu mehr eigenverantwortlichen Lösungen kommen. Ergebnis: Die Betriebe konnten mittelbar um zweistellige Milliardenbeträge entlastet werden.

Wir haben das Arbeitsrecht modernisiert, Einstellungshemmnisse beseitigt, die arbeitsmarktpolitischen Angebote im Rahmen des Arbeitsförderungsgesetzes erheblich ausgeweitet. Mit der gesetzlichen Flankierung von Altersteilzeitmodellen erleichtern wir den flexiblen Übergang in den Ruhestand und verbessern die Einstellungschancen Jüngerer. Die Möglichkeiten der Betriebe zur flexiblen Anpassung der Beschäftigung an die Auftragslage wurden deutlich verbessert, indem die Möglichkeiten zum Abschluß befristeter Arbeitsverhältnisse noch einmal ausgeweitet wurden. Schließlich haben wir die Zumutbarkeitskriterien für die Aufnahme einer Beschäftigung enger gefaßt, damit freiwerdende Stellen auch tatsächlich besetzt werden können.

Wir brauchen mehr ausländische Investitionen in Deutschland, deswegen haben wir die Substanzsteuern abgeschafft, die einen spürbaren Standortnachteil darstellten. Die Vermögenssteuer ist entfallen, ebenso die Gewerbesteuer.

Mit der Privatisierung von Bahn und Post, dem Börsengang der Deutschen Telekom, der Öffnung des Postmarktes und der Liberalisierung des Marktes für Telekommunikation, mit der Öffnung des Strom- und Gas-

marktes haben wir die Weichen für mehr Vielfalt im Angebot und eine günstigere Versorgung von Unternehmen und Haushalten gestellt. Denn sollen die Wachstumskräfte gestärkt und soll die Staatsquote gesenkt werden, dann führt an Privatisierung und Deregulierung kein Weg vorbei.

Mit diesen Entscheidungen haben wir vielen vieles zugemutet. Die Wirkung politischer Rahmenbedingungen auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt braucht ihre Zeit, mehr Zeit als alle Beteiligten, alle Vertreter von Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik noch im Herbst 1989 erwartet haben. Aber die Anstrengungen haben sich gelohnt. In diesem Jahr werden erste Erfolge deutlich. Wir machen Deutschland fit für das 21. Jahrhundert:

Um Wirtschaft und Beschäftigung als Beispiel zu nennen:

- Deutschland wird 1998 eine der höchsten Wachstumsraten aller OECD-Staaten erzielen. Die Absatzperspektiven im Inland verbessern sich nachhaltig – neben der Exportnachfrage und einer verbesserten Investitionsnachfrage wird in diesem Jahr auch der private Verbrauch anziehen und das bei völliger Preisstabilität.
- Die Signale am Arbeitsmarkt sind wieder positiv. Erstmals seit dem Sommer 1995 ist in den ersten Monaten des Jahres 1998 die Arbeitslosigkeit im Westen Deutschlands im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Auch in den neuen Ländern wird die Trendwende in den nächsten Monaten erreicht. Am Jahresende 1998 wird die Arbeitslosigkeit in ganz Deutschland spürbar niedriger sein als Ende 1997.
- Die Kostenbelastung der Arbeitsplätze geht zurück. Die Lohnstückkosten werden 1998 sinken, im dritten Jahr in Folge, was uns eine Ausnahmeposition unter unseren Wettbewerbern verschafft.
- Die Exporte werden wie im vergangenen Jahr auch 1998 mit zweistelligen Zuwachsraten steigen. Deutschlands Weltmarktanteil nimmt wieder zu.
- Weite Bereiche der ostdeutschen Wirtschaft befinden sich in einer Phase der Stabilisierung und des Wachstums, mit zum Teil sprunghaften Zuwachsraten auf wichtigen Zukunftsfeldern. Bereiche wie die chemische Industrie, die metall- und kunststoffverarbeitende Industrie, der Maschinen- und Fahrzeugbau sowie die Elektrotechnik verzeich-

Zukunftsprogramm der CDU

nen Zuwächse von 10 %, teilweise bis zu 40 % im Jahr. Die Außenhandelsumsätze der Unternehmen wachsen mit über 20 % im Jahr.

- Der Anteil der Staatsausgaben wird in diesem Jahr auf 48 % zurückgehen und damit auf den niedrigsten Stand seit acht Jahren. Und entgegen allen Kassandraruhen hat Deutschland das Defizitkriterium von Maastricht mit 2,7 % deutlich und zugleich nachhaltig erfüllt.
- In den Patentstatistiken rangiert Deutschland wieder an erster Stelle vor Japan und den Vereinigten Staaten.
- In Deutschland entsteht die weltweit größte Produktionskapazität für hochwertige Solarzellen.
- Deutschland verfügt über eine exzellente Multimedia-Infrastruktur und rasant steigende Multimedia-Anwendungen.
- In der Biotechnologie hat Deutschland wieder den Anschluß an die Weltspitze hergestellt. Die Zahl der Biotech-Unternehmen hat sich seit 1995 vervierfacht. Unternehmen verlagern ihre Forschungs- und Produktionseinrichtungen wieder nach Deutschland. Wissenschaftler kehren aus dem Ausland zurück, um bei uns zu arbeiten.
- Der weit überwiegende Teil der jungen Generation in Deutschland begegnet der Zukunft offen und aufgeschlossen – „no future“ ist „out“. Bei der jungen Generation wächst die Bereitschaft, etwas zu leisten, sich zu engagieren, Verantwortung zu übernehmen und dabei auf die eigenen Kräfte zu vertrauen. Auf diese junge Generation können wir unsere Zukunft bauen.

Unsere Ziele

Die Bilanz des Erreichten kann sich sehen lassen, aber wir müssen uns weiter anstrengen. Die große Zahl von Menschen, die Beschäftigung suchen – das ist die zentrale innenpolitische Herausforderung unserer Tage. Wir müssen neue, mutige Antworten geben auf Umbrüche und Veränderungen, wenn wir unseren Vorteil aus den eingetretenen Entwicklungen ziehen wollen.

Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit bleiben für uns auch im 21. Jahrhundert Grundlage einer menschlichen Gesellschaft.

Unsere Visionen dienen uns als Kompaß gerade in unsicheren, in unübersichtlichen Zeiten, geben unserem Handeln Richtung und Sinn. Manches, was wir erstreben, mag ein Traum bleiben, vieles scheint erreichbar. Das sind unsere Ziele, wir wollen erreichen:

- Arbeit und Beschäftigung für alle
- Weltgeltung für Innovationen „Made in Germany“
- Eines der leistungsfähigsten Bildungssysteme der Welt
- Einen schlanken, unbürokratischen Dienstleistungsstaat
- Einen Sozialstaat, der Solidarität ebenso wie Eigenverantwortung mobilisiert
- Eine neue Kultur der Selbständigkeit und der nachbarschaftlichen Hilfe
- Eine Erneuerung der sozialen Gemeinschaften und des ehrenamtlichen Engagements
- Ein Klima der Partnerschaft zwischen Männern und Frauen und der Solidarität zwischen den Generationen
- Einen freiheitlichen Rechtsstaat ohne Furcht vor Verbrechen
- Ein einiges und handlungsfähiges Europa
- Eine friedlichere Welt mit besseren Lebensbedingungen für die Benachteiligten.

Wir kämpfen für eine klare Mehrheit, damit die Blockade durch die SPD überwunden wird und wir die notwendigen Reformen fortsetzen können. Unsere Wähler sollen wissen: Mit ihrer Stimme für die Union stimmen sie zugleich für die große Steuerreform, für niedrigere Steuern, für ein gerechteres Steuersystem.

Die CDU Deutschlands steht für Verlässlichkeit ebenso wie für Innovation, für Kompetenz ebenso wie für Kreativität. Wir sind die Partei der wirtschaftlichen Reformen. Wir sind die Partei der deutschen Einheit. Wir sind die Partei der europäischen Integration. Die CDU ist die politische Kraft für Deutschlands Zukunft.

Wir haben eine Vision für Deutschland, eine Vorstellung, welcher Weg für unsere Menschen in eine gute Zukunft führt. Wir haben eine Vorstellung davon, wie wir in der Welt von morgen für Arbeit, für Wohlstand, für Sicherheit sorgen. Nach den Irrwegen der ersten Jahrhunderthälfte, nach Jahrzehnten der Teilung hat Deutschland zu Beginn des neuen Jahrhunderts die Aussicht auf eine europäische Zukunft in Frieden und Freiheit.

B. Antworten für Deutschland

I. Wettbewerbsfähigkeit stärken

1. Wettbewerbsfähigkeit – mehr Beschäftigung schaffen

Die Weltwirtschaft ist im Umbruch. Länder und Kontinente entwickeln sich aufeinander zu, Konkurrenz entsteht uns aus den entferntesten Erdteilen. Die Zahl der Länder, die sich am weltweiten Handel beteiligen, hat sich in den letzten 20 Jahren verdoppelt. Die Transportkosten sinken, und Informationen können durch die Fortschritte in der Informations- und Kommunikationstechnologie binnen Sekunden in die entlegensten Teile der Welt übermittelt werden. Die Welt rückt zusammen, der Wettbewerb wird härter. Und nicht länger ist es nur ein Wettbewerb zwischen Unternehmen, längst ist daraus ein Wettbewerb der Standorte und der gesellschaftlichen Ordnungen geworden - um die besten Bedingungen für Investitionen und Arbeitsplätze.

Unser Land ist davon unmittelbar betroffen. Denn unserer Fähigkeit, wettbewerbstaugliche Produkte am Standort Deutschland herzustellen und in anderen Ländern abzusetzen, verdanken wir in den alten Bundesländern immerhin ein Drittel unseres Volkseinkommens. Und in den neuen Ländern sind wir auf exportfähige Produkte nicht weniger angewiesen, damit wettbewerbsfähige Strukturen entstehen.

Die Fähigkeit, unseren Wohlstand und den hohen Grad an sozialer Sicherheit zu finanzieren, sind damit abhängig vom internationalen Wettbewerb wie in kaum einem anderen Land der Welt. Deutschland hat gute Chancen, in diesem Wettbewerb weiter vorne mitzuspielen. Das setzt voraus, daß wir besser sind als andere – die modernere Technologie anbieten, die zuverlässigeren Produkte, kundenorientiert und zu wettbewerbsfähigen Preisen. Wir können uns dem globalen Wettbewerb nicht verweigern, ohne uns selbst großen Schaden zuzufügen.

In einer Welt, die enger zusammenrückt, die zusammenwächst, gewinnen unvermeidlich auch die globalen Verteilungskonflikte an Bedeutung – zwischen den reifen Industrieländern des Westens und den sich industrialisierenden Schwellenländern Asiens, Lateinamerikas, zwischen

den Industrieländern des Westens und den Nachfolgestaaten des Staatssozialismus im Osten, zwischen dem reichen Norden und dem armen Süden. Im Vergleich zu den Dimensionen, die diese Konflikte annehmen, geraten die gewohnten, auf den nationalen Rahmen begrenzten Verteilungskonflikte – zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberern – mehr und mehr in den Hintergrund.

Im weltweiten Wettbewerb können alle gewinnen, weil mit mehr Wachstum Armut und Spannungen gemindert werden. Wir bleiben auf Wachstum angewiesen, um Wohlstand und soziale Sicherheit zu bewahren.

Um unsere Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, müssen wir auch in Zukunft den technischen Fortschritt vorantreiben. Damit uns das gelingt, brauchen wir ein Klima der Innovationsfreude, der Ausrichtung auf Zukunft und Wettbewerb. Und wir brauchen Existenzgründer mit Wagemut und Ideen für neue Märkte und neue Arbeitsplätze. Ein rohstoffarmes Land wie Deutschland ist auf den Einfallsreichtum und den Fleiß seiner Menschen angewiesen – mit einem leistungsfähigen Bildungssystem, das Wissen und Qualifikation fördert, einer modernen zukunftsweisenden Verkehrsinfrastruktur und einem modernen Kommunikationsnetz, die eine ausgewogene Entwicklung von Stadt und Land ermöglichen. Und mit einem wettbewerbsfähigen Steuersystem, das sicherstellt, daß in Deutschland wieder mehr investiert wird und neue Arbeitsplätze entstehen.

2. Steuerpolitik – für mehr Arbeitsplätze

Weil es darum geht, unsere internationale Konkurrenzfähigkeit zu sichern, Anschluß zu halten und dafür zu sorgen, daß in Deutschland wieder mehr investiert wird, mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, Arbeitnehmer und Unternehmen entlastet werden – aus allen diesen Gründen muß unser Steuersystem dringend reformiert werden.

Wir haben gegen den jahrelangen Widerstand der SPD-Mehrheit im Bundesrat die arbeitsplatzfeindlichen Substanzsteuern beseitigt: die Vermögensteuer zum 1. Januar 1997 und die Gewerbekapitalsteuer ein Jahr später. Beide Steuern mußten die Unternehmen unabhängig von der Gewinnlage entrichten, also auch dann, wenn sie mit Verlust arbeiteten. Beide Steuern haben wir abgeschafft, weil sie Arbeitsplätze gefährdeten, Existenzgründungen erschwerten und im internationalen Wettbewerb einen massiven Standortnachteil darstellten.

Wir können uns in Deutschland nicht höhere Steuersätze leisten als andere Länder in Europa. Steuersätze senken, Ausnahmen beseitigen, das Steuerrecht vereinfachen und Bürger und Unternehmen um 30 Mrd. DM entlasten – das sind die Grundzüge des Petersberger Modells, das wir am 30. Juni 1997 im Bundestag verabschiedet haben, das aber durch die Bundesratsblockade der SPD noch nicht in Kraft getreten ist.

Wir wollen die Steuersätze über den gesamten Tarif absenken, mit einem Eingangssteuersatz von 15 % statt heute 25,9 % und einem Spitzensatz von 39 % statt heute 53 %. Neun von zehn unserer Unternehmen sind Personenunternehmen in Handwerk und Mittelstand; wir werden die Steuersätze für Einkommen aus gewerblicher Tätigkeit in gleicher Weise senken bis auf einen Spitzensatz von 35 % statt heute 47 %. Denn Leistung muß sich lohnen.

Auch die Belastung der Unternehmen mit Ertragssteuern muß so gestaltet sein, daß Investitionen wieder stärker nach Deutschland fließen. Deswegen werden wir den für internationale Investoren wichtigen Körperschaftsteuersatz für ausgeschüttete Gewinne auf 25 % und den auf einbehaltene Gewinne auf 35 % senken.

Die Erfolge anderer Länder, die den gleichen Weg schon vor geraumer Zeit eingeschlagen haben, bestätigen die Richtigkeit unserer Steuerpolitik: Die Beschäftigungserfolge in den USA, in Großbritannien oder in den Niederlanden wären ohne Steuersenkungen nicht möglich gewesen. Auch bei uns haben in den 80er Jahren Steuer-senkungen zu drei Millionen zusätzlichen Arbeitsplätzen geführt.

Niedrige Steuersätze, weniger Ausnahmen, ein überschaubares Steuerrecht und eine Nettoentlastung von 30 Mrd. DM für alle - das sind die Inhalte unseres Steuerkonzepts, das wir bei dieser Bundestagswahl zur Abstimmung stellen werden.

3. Bildungsreform – für eine zukunftsfähige Gesellschaft

Im internationalen Wettbewerb um Innovation und technologische Spitzenleistungen kann sich langfristig nur behaupten, wer über erstklassig ausgebildete Arbeitskräfte verfügt. Unser duales System der beruflichen Qualifizierung, von der Gesellenprüfung bis zum Meister-

brief, gehört zu unseren entscheidenden Standortvorteilen, es gilt weltweit als Vorbild. Es gibt keinen Grund, dieses bewährte System in Frage zu stellen. Eine Ausbildungsplatzabgabe lehnen wir ab.

Die Qualität unseres Systems der beruflichen Bildung hängt davon ab, daß auch in Zukunft genügend Ausbildungsplätze angeboten werden. Die duale Berufsausbildung muß anpassungsfähig bleiben, indem rechtzeitig neue und modernisierte Berufsbilder entwickelt werden, die den Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft widerspiegeln.

Wir brauchen mehr Differenzierung im Bildungssystem und damit bessere Entfaltungschancen für leistungsschwächere und leistungsstärkere Menschen. Die starre Ablehnung zweijähriger Ausbildungsgänge wollen wir überwinden. Es gilt, neue Ausbildungsberufe mit überwiegend praktischer Qualifikation zu schaffen und die staatliche Regulierung der Ausbildungsinhalte zugunsten größerer Wahlmöglichkeiten zurückzunehmen.

Unser Ziel bleibt die Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung. Deshalb haben wir das Meister-BAföG eingeführt und die Möglichkeiten verbessert, auch über die berufliche Bildung den Hochschulzugang zu erreichen. Die Zahl der Empfänger von Meister-BAföG wollen wir verdoppeln. Zugleich werden wir die allgemeine Studienförderung reformieren, um auch in Zukunft jedem qualifizierten jungen Menschen die Chance zu einem Studium zu eröffnen.

Das deutsche Bildungssystem galt einmal weltweit als vorbildlich. Die Experimente linker Bildungsreformer der 60er und 70er Jahre sind in erster Linie dafür verantwortlich zu machen, wenn das heute nur noch eingeschränkt zutrifft. Noch immer halten SPD-geführte Landesregierungen in der Bildungspolitik an einer überholten Ideologie der Gleichmacherei fest: Mittelmaß für alle. Das muß endlich ein Ende haben.

Aufgabe der Schule ist die Persönlichkeitsbildung und die Vermittlung von Allgemeinbildung und Grundlagenwissen. Es kann nicht hingegenommen werden, daß in manchen Ländern die Schule nicht mehr imstande ist, den Kindern einen ausreichenden Grundstock an elementaren Kulturtechniken wie Lesen, Schreiben und Rechnen zu vermitteln. Und weil wir zugleich eine weltoffene moderne Dienstleistungs- und Industriegesellschaft sind, müssen wirtschaftliche Zusammenhänge, Fremdsprachen und der Umgang mit den neuen Informations- und Kom-

munikationstechnologien an unseren Schulen sehr viel intensiver unterrichtet werden. Dem dient auch unsere Initiative „Schule ans Netz“.

Bildung ist für uns mehr als nur Wissensvermittlung: Wissen und Werte gehören zusammen. Wir bekennen uns zu einem umfassenden Bildungsauftrag von Schule und Hochschule. Für uns behält daher auch der Religionsunterricht seinen festen Platz als ordentliches Lehrfach an öffentlichen Schulen.

Die CDU will die Verkürzung der im internationalen Vergleich viel zu langen Ausbildungszeiten erreichen. CDU-geführte Länder haben bewiesen, daß das Abitur ohne Qualitätsverlust bereits nach zwölf Jahren abgelegt werden kann.

Unsere Hochschulen müssen wieder international zur Spitze gehören. Die Studienzeiten in Deutschland sind zu lang. Deswegen haben wir dafür gesorgt, daß künftig bundeseinheitliche Regelstudienzeiten gelten, und daß Studienabschlüsse eingeführt werden, die schneller erreicht werden können. Mit einer radikalen Verringerung der staatlichen Regelungsdichte kann den Hochschulen ein größerer Gestaltungsspielraum für Strukturen, personelle Zusammensetzung und Verwendung zugewiesener Mittel gegeben werden. Wir wollen es Hochschulen ermöglichen, ein eigenständiges Profil mit Schwerpunktbereichen auszubilden, in denen Spitzenleistungen erbracht werden. Dazu gehört nicht nur ein Wettbewerb der Hochschulen um die fähigsten Forscher und Dozenten, sondern auch ein Wettbewerb um die fähigsten Studenten einschließlich der Möglichkeit, daß sich die Hochschulen ihre Studenten selbst auswählen können. Unionsgeführte Länder sind hier schon beispielgebend vorangegangen.

Gerade in den neuen Ländern sind leistungsstarke Hochschulen entstanden, mit häufig besseren Ausbildungsmöglichkeiten als im Westen.

Um mehr Flexibilität, Eigenverantwortung und Motivation für die Hochschulen und ihr Lehrpersonal zu erreichen, wird die Finanzierung der Hochschulen zukünftig stärker leistungsorientiert erfolgen. Wir wollen die Mittelvergabe nicht nur von der Zahl der Studenten, sondern auch von der Forschungsleistung, der Qualität der Lehre und der Zahl der pünktlich zum Examen gelangten Studenten abhängig machen. Drittmittelwerbung, Sponsoring und die Einrichtung von Stiftungen müssen in erheblich breiterem Umfang genutzt werden.

Für die Berufstätigen muß Weiterbildung zum festen Bestandteil der Berufsplanung werden. Das Lernen im Arbeitsprozeß und selbstorganisier-tes Lernen – auch außerhalb des Arbeitslebens – sind unverzichtbar. Berufliche Fort- und Weiterbildung liegt in erster Linie in der Verantwortung des Einzelnen und der Betriebe. Die CDU versteht die Rolle der Politik als Partner für gute Rahmenbedingungen beruflicher Weiterbildung.

4. Innovationen – für unsere Chancen auf den Zukunftsmärkten

Deutschland gehört zu den Wegbereitern des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts, unsere Erfolge als High-tech-Land können sich sehen lassen. Wir zählen zusammen mit den USA und Japan zu den wichtigsten Technologieproduzenten der Welt. Beim Welthandel mit höherwertiger Technik liegen wir sogar an erster Stelle, und auch bei den weltmarktrelevanten Patenten nimmt Deutschland wieder Rang 1 ein.

Wir werden unseren Spitzenplatz im internationalen Wettbewerb nur erfolgreich verteidigen und ausbauen können, wenn unsere Güter und Dienstleistungen Spitzenprodukte sind – innovativ, technologisch führend und von hervorragender Qualität.

Deswegen hat für uns die Förderung von Schlüsseltechnologien Vorrang: Informations- und Kommunikationstechnologie, Umwelt- und Verkehrstechnologien, Nano-Technologie und neue Materialien. Auch die Luft- und Raumfahrt gehört dazu. Hier werden wir in Europa auf ein stärkeres Zusammengehen der beteiligten Unternehmen hinarbeiten, damit wir im weltweiten Wettbewerb eine Chance haben.

Mit dem Transrapid verwirklichen wir deutsche Spitzentechnologie im eigenen Land – gegen jahrelange Widerstände von Rot-Grün. Die Anwendungstrecke zwischen Berlin und Hamburg gibt uns die Möglichkeit, die Zuverlässigkeit dieser hochmodernen Verkehrstechnologie weltweit unter Beweis zu stellen und uns einen neuen Wachstumsmarkt zu erobern. Der Transrapid kann zum Exportschlager werden und tausende neuer Arbeitsplätze schaffen.

Nicht anders verhält es sich bei der Biotechnologie. Noch vor wenigen Jahren waren wir nahe daran, international den Anschluß zu verlieren. Daraufhin haben wir 1993 – gegen erhebliche Widerstände von Rot-Grün – das Gentechnikgesetz novelliert, damit pharmazeutische und

biologische Forschung und Produktion auch in Zukunft in Deutschland betrieben werden können. Wir haben Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt, wir haben überflüssige Vorschriften abgebaut, andere vereinfacht – wieder gegen Widerstände von Rot-Grün.

Ergebnis: Wir konnten den Anschluß an die Weltspitze wiederherstellen. Die Zahl der Biotech-Unternehmen hat sich seit 1995 vervierfacht, Unternehmen verlagern ihre Anlagen zurück nach Deutschland, Wissenschaftler kehren aus dem Ausland zurück, um in Deutschland zu arbeiten. Deutschland wird zur Jahrtausendwende der beste Standort für Biotechnologie in ganz Europa sein, die Arbeitsplätze in dieser Zukunftstechnologie werden sich bis dahin noch einmal verdreifachen.

Weil neue Entwicklungen in immer kürzeren Abständen auf den Markt kommen, müssen Grundlagenforschung und anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung enger verzahnt werden. Forschungsergebnisse müssen schneller vermarktet werden. Dafür muß der Wettbewerb zwischen den Forschungseinrichtungen gestärkt werden. Wir wollen den Zugriff auf Forschungsergebnisse vor allem für unsere mittelständische Wirtschaft erleichtern. Dafür werden wir Innovationsdatenbanken und Innovationsberatungsstellen ausbauen. Wissenschaftliche Einrichtungen, Technologietransferstellen und Unternehmen müssen enger zusammengebracht werden.

Im Zeitalter der Globalisierung investieren internationale Unternehmen da, wo gute Marktchancen, hervorragende Infrastruktur, gut ausgebildete Arbeitnehmer und exzellente Wissensfabriken regional zusammentreffen. Diese Kompetenzzentren sind ein zentrales Element unserer modernen Innovationspolitik.

So sind viele kleine Schritte nötig, die eines deutlich machen: In der Welt von morgen sind Phantasie und Kreativität mehr denn je gefragt. Nicht Zukunftspessimismus und Technikverweigerung sichern unsere Wettbewerbsposition, nur Erfindungsreichtum und Innovation versetzen uns in die Lage, die Herausforderungen des globalen Wettbewerbs erfolgreich anzunehmen.

5. Infrastruktur – für einen starken Standort

Deutschland verfügt über eine weltweit vorbildliche und moderne Verkehrsinfrastruktur. Auch im 21. Jahrhundert wird die Qualität unseres

Verkehrssysteme zu den zentralen Standortfaktoren unserer Wirtschaft gehören. Denn Mobilität ist und bleibt eine der grundlegenden Voraussetzungen für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen am Standort Deutschland. Dirigistische Eingriffe, die Mobilität gewaltsam einschränken, lehnen wir ab.

Wir wollen den Verkehrsfluß der einzelnen Verkehrsträger optimieren, und das heißt: Wir werden die Investitionen in Straßen, Wasserstraßen und Schiene mit ganzer Kraft fortsetzen. Bis zum Jahr 2010 wollen wir alle Schienenverbindungen zwischen den deutschen Großstädten zu Hochgeschwindigkeitsstrecken ausbauen. Wir müssen die einzelnen Verkehrsträger – Schiene, Straße, Flughafen – optimal miteinander vernetzen. Die Möglichkeiten des technischen Fortschritts wollen wir nutzen, um unser Verkehrssystem sicherer, umweltfreundlicher und effizienter zu gestalten. Moderne Informations-, Kommunikations- und Leitsysteme (Telematik) können die Auslastung der Verkehrswege verbessern, Transportabläufe optimieren und dazu beitragen, Unfallzahlen zu senken.

Damit die Schiene im Güter- und Personenverkehr weiter an Boden gewinnt, werden wir die Bahnreform fortführen. 1994 haben wir die Bahn privatisiert und damit ein erhebliches Stück leistungs- und wettbewerbsfähiger gemacht. Jetzt werden wir dafür sorgen, daß ab 1999 die einzelnen Geschäftsbereiche der Bahn AG zu eigenständigen Aktiengesellschaften werden. Das ist eine der Voraussetzungen für mehr Wettbewerb auf der Schiene, was zu günstigeren Preisen für Bürger und Unternehmen führen wird.

Neue Chancen für mehr Beschäftigung erschließen wir uns nur, wenn wir Monopole beseitigen. Mit der Liberalisierung der Märkte für Post, Telekommunikation und Energie haben wir die Weichen für mehr Vielfalt im Angebot und eine günstigere Versorgung von Unternehmen und Haushalten gestellt. Bereits die Ankündigung des neuen Energierechts hat dazu geführt, daß die Strompreise für Unternehmen zurückgegangen sind. Die Öffnung des Telekommunikationsmarktes hat den Wettbewerb gestärkt. Die Preise sind schon nach kurzer Zeit kräftig gesunken. Und seit Jahresanfang ist eine Vielzahl neuer Unternehmen mit zahlreichen neuen Arbeitsplätzen auf dem Telefonmarkt entstanden – Deregulierung, die nichts kostet, aber Vorteile für den Kunden bringt: niedrigere Preise, eine bessere Versorgung, Standortvorteile.

Mit dem Börsengang der Deutschen Telekom – der größten Plazierung von Aktien in der Börsengeschichte – haben wir unseren Kapitalmarkt

verbreitert und den Finanzplatz Deutschland für ausländische Investoren attraktiver gemacht. Neue Gruppen der Bevölkerung konnten für eine Geldanlage in Aktien gewonnen werden.

Mit zahlreichen Maßnahmen zur Stärkung des Finanzplatzes Deutschland haben wir dazu beigetragen, daß ausländisches Kapital verstärkt in Deutschland angelegt und unsere Position als viertgrößter Kapitalmarkt der Welt gestärkt wird – auch und gerade nach dem Eintritt in die Europäische Währungsunion werden wir in der Weltliga vorne mit spielen. Mit der Einrichtung des „Neuen Marktes“ als einem weiteren Segment unseres Aktienmarktes haben wir jungen, innovativen und wachstumsstarken Unternehmen die Möglichkeit verschafft, die für ihre Expansionspläne notwendigen Investitionsmittel leichter am Kapitalmarkt zu beschaffen – ein wegweisender Schritt zur Stärkung der Eigenkapitalbasis neugegründeter Unternehmen, den wir mit einer Vielzahl weiterer Schritte ausbauen werden.

6. Lebensfähige Räume – für die Zukunft unserer Landwirtschaft

Deutschland verfügt wie kaum ein anderes Land über ein ausgewogenes Verhältnis zwischen städtischen Ballungsgebieten und ländlichen Räumen. Dies ist eine gute Grundlage für die positive Entwicklung unserer Gesellschaft insgesamt. Gleichwertige Lebenschancen in Stadt und Land sind für uns ein wichtiges Ziel.

Gerade eine offene Welt braucht regionale Identität, denn die Menschen haben ein Bedürfnis nach Heimat, nach Vertrautheit und Verwurzelung. Das bedeutet, daß unsere ländlichen Räume, lebendige Gemeinde, funktionierende Dorfgemeinschaften und unsere unverwechselbaren Kulturlandschaften, die Teil unseres natürlichen und kulturellen Erbes repräsentieren, immer wichtiger werden. Eine zukunftsweisende Politik für den ländlichen Raum und die ihn prägende Land- und Forstwirtschaft ist deshalb ein besonderer Schwerpunkt der CDU. Wir werden unsere Politik zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft sowie im gesamten ländlichen Raum fortsetzen.

Wir werden die Entwicklungschancen des ländlichen Raumes durch eine integrierte Strukturpolitik weiter verbessern, deren erstes Ziel die Schaffung zukunftsreicher Arbeitsplätze und die Stärkung der Wirt-

schaftskraft ist. Die Chancen für eine dezentrale Wirtschaftsentwicklung steigen mit den Möglichkeiten der modernen Kommunikations- und Informationstechnologie. Diese wollen wir für den ländlichen Raum nutzen. Gerade für junge qualifizierte Kräfte müssen Perspektiven im ländlichen Raum geschaffen werden.

Mittelstand, Handwerk, und Einzelhandel im ländlichen Raum verdienen unser besonderes Augenmerk. Wir werden ihnen weiterhin günstige Rahmenbedingungen gewährleisten. Gute Lebensbedingungen vor Ort und Erhalt der Mobilität sind für die Menschen im ländlichen Raum von besonderer Bedeutung. Eine gute Verkehrsanbindung und die wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung bleiben deshalb wichtige Ziele unserer Politik.

Landwirtschaft und ländlicher Raum gehören zusammen. Wir werden die Existenz einer bäuerlichen und leistungsfähigen Landwirtschaft in Deutschland sichern, die umweltverträglich und tierschutzgerecht wirtschaftet und die vielfältigen Anforderungen einer modernen Industriegesellschaft – Versorgung mit gesunden und preiswerten Lebensmitteln und umweltfreundlichen Rohstoffen, Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und Pflege der Kulturlandschaft – dauerhaft erfüllen kann.

Die Landwirte müssen sich und ihren Familien ein ausreichendes Einkommen erwirtschaften können und ihre Chancen auf den heimischen sowie auf den Exportmärkten nutzen können. Dafür muß die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft ihre Wettbewerbsfähigkeit weiter stärken. Wir wollen die bäuerlichen Betriebe ermutigen, indem wir Investitionen unterstützen und Wettbewerbsverzerrungen und bürokratische Hemmnisse abbauen. Letzteres gilt in besonderem Maße für die Veredlung, die auch in Deutschland Entwicklungschancen haben muß. Auch in der Landwirtschaft brauchen wir eine Kostensenkungs- und Standortsicherungsoffensive. Die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft muß Kosten-, Markt- und Qualitätsführerschaft erreichen. Dazu gehört auch, daß die Struktur der Verarbeitungsbetriebe verbessert wird. Unverzichtbar sind faire Wettbewerbsbedingungen auf dem Weltmarkt. Die europäische Landwirtschaft unterliegt besonderen klimatischen Bedingungen und gesellschaftlichen Anforderungen. Wir wollen das eigenständige europäische Landwirtschaftsmodell erhalten und bei den anstehenden WTO-Verhandlungen einen angemessenen Außenschutz und die hohen europäischen Umwelt- und Verbraucherschutzstandards absichern.

Unsere landwirtschaftlichen Betriebe brauchen verlässliche Rahmenbedingungen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, die gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union auf der Grundlage der Reform von 1992 unter Berücksichtigung der vielfältigen Aufgaben weiterzuentwickeln. Ziel unserer Agrarpolitik ist es, daß die Landwirte einen möglichst hohen Anteil ihres Einkommens aus Markterlösen, d.h. dem Verkauf ihrer Produkte und Dienstleistungen, erwirtschaften können. Insbesondere bei Milch und Rindfleisch müssen Wege beschritten werden, die die Märkte entlasten und den Betrieben bessere Einkommen ermöglichen. Wettbewerbseinschränkende und leistungsfeindliche Obergrenzen lehnen wir ab. Die CDU besteht bei der Weiterentwicklung der EU- Agrarpolitik auf Lösungen, die der deutschen Landwirtschaft für die Zukunft eine verlässliche Perspektive bieten.

Ohne die bäuerliche Landwirtschaft ist unsere Kulturlandschaft, die durch die Arbeit von Land- und Forstwirten über Generationen entstanden ist, nicht zu bewahren. Landwirtschaft muß an die Standortverhältnisse angepaßt sein, eine Diskussion über ausschließlich extensive oder intensive Bewirtschaftung wird dem Ziel einer umweltgerechten Landwirtschaft nicht gerecht. Wir setzen uns für regional angepaßte Formen der landwirtschaftlichen Produktion ein. Dabei halten wir daran fest, daß es für besondere ökologische und landschaftspflegerische Leistungen, die über die Erfordernisse der guten fachlichen Praxis hinausgehen, einen angemessenen Ausgleich geben muß.

7. Nachhaltige Entwicklung – für neue Wege in der Umweltpolitik

Deutschland ist in der Umweltpolitik international führend, weil wir Umweltschutz, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung nicht gegeneinander ausspielen. Wir setzen bei der Fortentwicklung unserer Umweltpolitik konsequent auf die Instrumente des Marktes, um eine nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen. Unser Ziel ist, daß Produkte und Verfahren entwickelt werden, die von vornherein ein Maximum an Umweltverträglichkeit aufweisen.

Wettbewerb ist in der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft ein zentrales Ordnungsprinzip. Wir werden daher auch weiterhin alle Instrumente nutzen und gezielt einsetzen, die den Wettbewerb begünstigen und die Eigenverantwortung der Marktteilnehmer fördern.

Steuerliche Instrumente, Selbstverpflichtungen und Zertifikate gewinnen in der Umweltpolitik an Bedeutung. Freiwilliges Handeln zu Gunsten des Umweltschutzes, z. B. die Teilnahme am Öko-Audit, müssen durch weniger staatliche Kontrollen honoriert werden. Die Verantwortung für den Umweltschutz muß sehr viel stärker auf Private übertragen werden, auf Architekten, Ingenieurbüros, Unternehmer, Handwerksmeister bis hin zum Privathaushalt. Auch das klassische Umweltrecht muß auf den Prüfstand gestellt werden. Wir werden daher mit Nachdruck die Verabschiedung eines Umweltgesetzbuches vorantreiben mit dem Ziel, das Umweltrecht überschaubarer und damit vor allem für den Mittelstand praktikabler zu machen.

Wir werden die Harmonisierung von Umweltschutzstandards in Europa und weltweit vorantreiben. Kern unserer Politik ist der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Wir brauchen eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Inanspruchnahme von Ressourcen. Beim Energieverbrauch ist eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Primärenergieverbrauch bereits gelungen. Schon heute produzieren wir immer mehr Produkte mit weniger Energie. Es gilt in Zukunft die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Flächeninanspruchnahme voranzubringen. Gleichzeitig haben wir mehr Investitionssicherheit für Unternehmen geschaffen. Durch eine konsequente Weiterentwicklung der Kreislaufwirtschaft wird auch die Materialeffizienz erhöht. Hierbei kommt Selbstverpflichtungen der Wirtschaft eine wachsende Bedeutung zu.

II. Spielraum für kleine Einheiten

8. Dezentralisierung – für mehr Anpassungsfähigkeit

In einer Welt, in der das Tempo der Veränderungen immer schneller wird, sind kleine, flexible Einheiten besser anpassungs- und innovationsfähig. Kleine Einheiten, in denen die Menschen die Lage vor Ort kennen und unmittelbar Zugriff haben, die sich persönlich verantwortlich fühlen, finden im Zweifel bessere Lösungen, haben mehr Phantasie und Kreativität als bürokratische Großorganisationen. Das gilt in der Wirtschaft wie in der Politik, und es gilt im nationalstaatlichen ebenso wie im europäischen Rahmen. Einschlägigen Studien zufolge sind kleine und mittlere Unternehmen bis zu zwanzig Mal kreativer als Großunternehmen.

Der bürokratische Zentralismus hat sich überlebt, die Zukunft gehört den dezentralen Lösungen. Deshalb wollen wir die Kompetenzen der

unteren Einheiten stärken und ihnen mehr Verantwortung übertragen. Hierarchische Strukturen sind im Zweifel hinderlich. Wir setzen auf Deregulierung und Entbürokratisierung, auf Eigenverantwortung, Wettbewerb und Regionalisierung. Wir haben Vertrauen in die Menschen, nicht in die Apparate.

9. Staatsausgaben senken – für mehr private Initiative

Wir sind der Überzeugung, daß wir mit insgesamt weniger Staat besser fahren als mit zuviel Staat. Anders läßt sich Dezentralisierung so wenig verwirklichen wie Vorrang für Eigenverantwortung und Wettbewerb. Was wir wollen, das ist mehr Selbstbeschränkung des Staates zugunsten der Bürger, zugunsten der Unternehmen.

Überall in Europa wächst die Einsicht, daß es sich nachteilig auf wirtschaftliche Dynamik und Wettbewerbsfähigkeit auswirkt, wenn ein zu hoher Anteil unserer gesamtwirtschaftlichen Leistung durch staatliche Kassen fließt. In Deutschland ist der Anteil der öffentlichen Ausgaben am Brutto sozialprodukt im Zuge der Sonderbelastungen durch den Aufbau Ost zeitweise auf über 50 % angestiegen, ein Niveau, auf dem die Staatsquote 1982 schon einmal gelegen hatte – damals ohne Wiedervereinigung, als Ergebnis von 13 Jahren SPD-geführter Bundesregierung.

Ein derart hoher Staatsanteil führt zu einer Steuer- und Abgabenbelastung, die leistungshemmend wirkt und Privatinitiative, Risikobereitschaft und Schaffensfreude untergräbt. Um das Staatsdefizit weiter abzubauen und den notwendigen Spielraum für private Investitions- und Innovationsbereitschaft zurückzugewinnen, gibt es keinen anderen Weg, als den Anteil der Staatsausgaben zurückzuführen. In der Koalitionsvereinbarung von 1994 haben wir beschlossen, den Staatsanteil bis zum Jahr 2000 auf 46 % und damit auf den Stand vor der Wiedervereinigung zurückzuführen. Inzwischen haben wir die Hälfte der Wegstrecke zurückgelegt und im Jahr 2000 werden wir unser Ziel erreicht haben.

Das ist nur möglich geworden, weil die Ausgaben des Bundes seit 1994 nicht weiter steigen, sondern Jahr für Jahr zurückgehen. Wir haben das Personal beim Bund systematisch zurückgeführt und werden 1999 in Ost und West weniger Personal beschäftigen als 1989 im Westen allein. Nur mit Einsparungen bei den staatlichen Ausgaben bekommen wir den notwendigen Spielraum für eine Entlastung der Bürger von Steuern und Abgaben. Wir wollen weniger Bürokratie und mehr

Spielraum für das wirklich Wichtige: für die Schaffung von Arbeitsplätzen, für den Mittelstand, für Bildung, für die Sicherheit unserer Bürger.

10. Föderalismus reformieren – klare Verantwortung für jede Ebene

Unsere föderale Ordnung hat sich in Jahrzehnten bewährt - in einem Europa der Regionen kann sie Vorbild für andere sein. Aber unser föderales System braucht auch einige grundsätzliche Reformen. Vieles, was ursprünglich die Länder regelten, ist im Laufe der Jahrzehnte auf den Bund übergegangen. Zum Ausgleich wurden die Mitwirkungsrechte der Länder an der Bundespolitik über den Bundesrat ausgebaut. Im Ergebnis hat diese Entwicklung der föderalen Ordnung nicht gutgetan.

Wir müssen wieder stärker dahin kommen, daß jede staatliche Ebene ihren Bereich eigenverantwortlich gestalten kann. Mischkompetenzen, unübersichtliche Verantwortlichkeiten und Mitwirkungsrechte, die als Blockadeinstrument mißbraucht werden können, müssen beseitigt werden. Bundesgesetze sollten nur noch dann von der Zustimmung des Bundesrates abhängig sein, wenn sie wirklich in Länderbelange eingreifen, und umgekehrt sollten die Länder mehr eigene Kompetenzen zurückerhalten.

Die Verteilung des Steueraufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden in der Finanzverfassung und den Länderfinanzausgleich müssen wir durchschaubarer und besser regeln. Anders als ursprünglich im Grundgesetz vorgesehen, sind die Steuereinnahmen nicht mehr klar auf Bund und Länder aufgeteilt. Für rund 80 % des Steueraufkommens gilt heute ein Verbundsystem. Die Transparenz für den Bürger würde gesteigert, wenn – wie in anderen Bundesstaaten – allen föderalen Ebenen eigene Steuerquellen zustünden. Dabei ist ein klares Trennsystem, das zum Beispiel dem Bund die indirekten und den Ländern die direkten Steuern zuweist, ebenso in Erwägung zu ziehen, wie ein Modell, bei dem die Länder eigene Hebesätze auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer erheben dürfen.

Der jetzige Länderfinanzausgleich führt dazu, daß finanz- und wirtschaftspolitisch erfolgreiche Länder bestraft werden. Das ist kein Anreiz zu sparsamer Haushaltspolitik. Unverschuldete Struktur Nachteile insbesondere in den neuen Ländern und die Folgelasten des Sozialismus müssen ausgeglichen werden, das gebietet die Pflicht zur nationalen Soli-

darität. Am Vorrang für den Aufbau Ost halten wir fest. Wir wollen, daß die neuen Länder möglichst bald wirtschaftlich auf eigenen Füßen stehen können. Dazu müssen die neuen Länder ihre Eigenbeteiligung am Aufbauwerk weiter ausbauen. Das Ziel sollte sein, in den Landeshaushalten einen Investitionsanteil von mindestens 30 Prozent zu erreichen.

Zwischen den westdeutschen Ländern muß schon heute Wettbewerb gefördert werden, um die Eigenverantwortung zu stärken. Zur föderalen Ordnung gehören Vielfalt, Unterschiedlichkeit und Wettbewerb; Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist das Ziel, nicht Einheitlichkeit und Gleichmacherei.

Eine Finanzreform muß dazu führen, daß für die Bürger der Zusammenhang zwischen Ausgaben und Steuerlast wieder stärker deutlich wird. Staatliche Leistungen müssen mit den dafür erbrachten Abgaben in Verbindung zu bringen sein, damit über die sparsame Verwendung der Steuern gewacht werden kann. Die Finanzierungslast muß bei der staatlichen Ebene liegen, die auch für die Aufgabenerfüllung zuständig ist. Für die Länder muß ein Anreiz und die Möglichkeit bestehen, selbst für eigene Steuereinnahmen zu sorgen. Eigene Sparanstrengungen und eine Wirtschaftspolitik, die Steuerquellen ins Land holt, pflegt und ausschöpft, muß sich für das Land lohnen. Unter Wahrung des Solidarprinzips kann der Wettbewerbsgedanke auch für den Umbau unserer sozialen Sicherungssysteme Anwendung finden.

Jedes Nachdenken über eine Föderalismusreform muß sich noch einmal mit der Frage beschäftigen, ob nicht gerade im Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit des deutschen Föderalismus im geeinten Europa vielfältige Formen des vertieften Zusammengehens und Zusammenwirkens von Ländern notwendig sind.

III. Arbeit für alle

11. Arbeit für alle – die wichtigste soziale Frage

Angesichts vieler grundlegender Veränderungen stellt sich die soziale Frage heute neu, und sie muß neu beantwortet werden. Wir finden uns mit der hohen Arbeitslosigkeit nicht ab. Arbeit bedeutet mehr als Erwerbschancen – Arbeit bedeutet Selbstwertgefühl und Sozialkontakte, Sinnerfüllung und Lebensperspektive. Wenn arbeitswillige Menschen

keine Arbeitsgelegenheit finden, dann ist dies die größte soziale Ungerechtigkeit, die sich denken läßt. Deswegen müssen wir die soziale Frage neu definieren: Es ist sozial, was Beschäftigung schafft.

In der Sozialen Marktwirtschaft tragen Tarifpartner und Staat Verantwortung. Nicht im Gegeneinander, sondern nur im Miteinander haben wir die Chance, uns auch im nächsten Jahrhundert an der Spitze der Industrienationen zu behaupten. Eine beschäftigungsorientierte Tarifpolitik ist Voraussetzung für mehr Arbeitsplätze. Die Tarifpartner handeln nicht nur für die Beschäftigten und deren Interesse an höheren Löhnen und tariflichen Zusatzleistungen. Sie tragen auch Verantwortung für die Erwerbslosen, die ein Interesse haben an einer Wiedereingliederungschance in den Arbeitsmarkt. Die moderaten Tarifabschlüsse der letzten beiden Jahre haben zusammen mit neuen Flexibilisierungselementen einen wichtigen Beitrag geleistet für eine beschäftigungsorientierte Lohnpolitik. An diesem Kurs muß festgehalten werden.

Unser Berufsleben wird vielfältiger und differenzierter, der traditionelle Vollzeitarbeitsplatz ist längst nicht mehr die alleinige Norm, wird auch nicht mehr von allen angestrebt. Viele suchen einen Teilzeitarbeitsplatz. Mancher wäre auch mit einem Einfacharbeitsplatz zufrieden. Diesen Bedürfnissen müssen wir besser Rechnung tragen. Eine akzeptable Beschäftigungschance muß jedem zugänglich sein – für die gering qualifizierten, von Langzeitarbeitslosigkeit bedrohten Menschen notfalls auch durch die Schaffung von Beschäftigungsverhältnissen auf gemeinnütziger Basis.

12. Dienstleistungen – für mehr Beschäftigung

Die Arbeitswelt von morgen wird von Dienstleistungen aller Art geprägt sein. Dazu gehören Dienstleistungen mit starkem Bezug zur Industrie: Forschung und Entwicklung, technische und kaufmännische Unternehmensberatung, Finanzdienstleistungen, Software-Unternehmen mit komplexen Systemlösungen – allesamt Dienstleistungen, die für die Festigung unserer technologischen Spitzenposition unverzichtbar sind, die längst schon selbst zu einem eigenständigen Faktor im weltweiten Handel und Wettbewerb geworden sind.

Dienstleistungen sind die Schlüsselgröße für mehr Beschäftigung. Im industrienahen Bereich sind bei uns schon viele neue wettbewerbsfähige Arbeitsplätze entstanden. Einen gewaltigen Nachholbedarf

hingegen haben wir bei Dienstleistungen in Privathaushalten, in Handel, Gastronomie, Tourismus, im Gesundheitswesen. Die Möglichkeiten sind nahezu unbegrenzt. Rein rechnerisch könnten wir bei einer ähnlichen Dienstleistungsdichte wie in den Vereinigten Staaten 5 Mio. zusätzliche Arbeitsplätze schaffen.

Notwendige Weichenstellungen, damit aus dem großen Beschäftigungspotential im Dienstleistungsbereich auch tatsächlich Arbeitsplätze werden, haben wir vorgenommen. Mit der Einführung der Pflegeversicherung haben wir zahlreiche neue Beschäftigungsfelder im Gesundheitswesen und bei Pflege- und Betreuungsdiensten geschaffen. Mit der Reform des Ladenschlußgesetzes haben wir spürbare Beschäftigungsimpulse im Einzelhandel ausgelöst. Um Anreize für reguläre Arbeitsplätze in Privathaushalten zu geben, haben wir die steuerliche Förderung dieser Beschäftigungsverhältnisse 1994 eingeführt und 1996 weiter verbessert. Zukünftig soll der Sonderausgabenabzug für hauswirtschaftliche Beschäftigungsverhältnisse auch dann in Anspruch genommen werden können, wenn die Haushaltshilfe über ein Dienstleistungszentrum beschäftigt wird.

Der Öffentliche Dienst muß mit gutem Beispiel vorangehen. Öffentliche Einrichtungen mit Service-Charakter müssen eine Dienstleistungsoffensive starten mit längeren Öffnungszeiten, besserer Erreichbarkeit, kürzeren Bearbeitungszeiten und anderen kundenorientierten Merkmalen.

13. In die eigene Zukunft starten! Für Selbständigkeit und Existenzgründungen

Wollen wir die Beschäftigungschancen der Zukunft nutzen, brauchen wir neue Unternehmen, die Marktnischen ausfindig machen oder neue Märkte entdecken. Existenzgründungen sind Voraussetzung dafür, daß „Arbeit“ überhaupt entsteht. Darum wollen wir möglichst vielen Menschen die Chance geben, in einer beruflichen Selbständigkeit den eigenen Lebensentwurf zu verwirklichen.

Wir haben in den letzten Jahren viele Maßnahmen auf den Weg gebracht, um Anstöße für Existenzgründungen zu geben. Wir haben das Meister-BAföG eingeführt, um den Weg in die handwerkliche Selbständigkeit zu erleichtern, Substanzsteuern abgeschafft, damit junge Unternehmen schneller Eigenkapital bilden können, befristete Arbeitsverhältnisse eingeführt und den Kündigungsschutz für Kleinunternehmen

gelockert, damit der Personalbedarf der Auftragslage angepaßt werden kann und Existenzgründern ein Überleben gesichert wird.

Der Beteiligungsmarkt für innovative Unternehmensgründungen in Deutschland hat sich stürmisch entwickelt und ist inzwischen die Nr. 1 in Europa. In den nächsten Jahren wollen wir mehr Menschen an den Gründungskapitalmarkt heranzuführen.

Wir haben Lohnkostenzuschüsse für Existenzgründer eingeführt und fördern die Eigenkapitalbildung durch eine verbesserte Ansparabschreibung. Wir haben jungen Unternehmen den Gang an die Börse und die Aufnahme von Beteiligungskapital erleichtert. Und wir haben zahlreiche bürokratische Hürden durch die Vereinfachung und Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren aus dem Weg geräumt.

Das Gründungsgeschehen in unserem Land hat sich in den letzten Jahren positiv entwickelt. Die Selbständigenquote hat sich in Westdeutschland in den letzten Jahren von 8,8 % auf 10,0 % erhöht. Aber unser Potential ist bei weitem noch nicht ausgeschöpft. So könnten zum Beispiel die Hochschulen ihre Absolventen ermutigen, ihre erworbenen Qualifikationen auch in unternehmerische Initiativen umzusetzen. An den Hochschulen sollte das Angebot eines Schwerpunktes Selbständigkeit und Existenzgründung zum Regelangebot gemacht werden. Warum sollen wir Deutschen nicht genauso wagemutig sein wie die Menschen in anderen Ländern?

Diesen Kurs werden wir konsequent fortsetzen. Mit der großen Steuerreform werden wir auch die Rahmenbedingungen für Existenzgründer weiter verbessern. Wir werden zusätzliche Beratungs- und Unterstützungsangebote für Jungunternehmer mobilisieren, wobei wir einen besonderen Schwerpunkt bei Ausgründungen legen werden. Informations- und Maklerbörsen werden wir aufbauen, damit kapitalsuchende Unternehmen in kurzer Zeit Kontakte zu potentiellen Anlegern herstellen können. Wir wollen ein innovatives Klima schaffen, das dazu anreizt, mit Ideen und Fleiß, Mut und Zuversicht unternehmerisch tätig zu werden.

Wir wollen die bestehenden Unternehmen erhalten. Mit dem ab Januar 1999 geltenden Verbraucherinsolvenzverfahren erhalten redliche Schuldner die Möglichkeit, sich von Schulden zu befreien. Eine solche Möglichkeit bedeutet auch, daß Inhaber kleinerer Unternehmen eine zweite Chance bekommen, sich zu bewähren.

Der Mittelstand und das Handwerk sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Sie zahlen 60 Prozent der Steuern und stellen 80 Prozent unserer Ausbildungsplätze. Mittelstand und Handwerk erwirtschaften fast die Hälfte unseres Sozialprodukts und sind der Motor für die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Gerade die kleinen und mittleren Betriebe sind auf gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen angewiesen. Zum einen sind sie meist arbeitsintensiver als die kapitalintensiveren Großunternehmen und damit anfälliger für steigende Arbeitskosten. Zum anderen können sie auf ungünstige Rahmenbedingungen nicht so leicht mit Produktionsverlagerungen in das Ausland reagieren. Für viele Mittelständler wird daher die Durchsetzung unseres wirtschaftspolitischen Reformkurses, insbesondere der großen Steuerreform zur Existenzfrage. Darüber hinaus ist die Befreiung von übermäßigem bürokratischen Aufwand gerade für kleine Unternehmen von vitalem Interesse.

14. Vermögensbildung – mehr Eigentum für alle

Zukünftig wird ein wachsender Teil der gesamtwirtschaftlichen Erträge aus Kapital entstehen. Der Teil, der aus Erwerbsarbeit resultiert, verliert relativ an Gewicht. Wenn das so ist, dann müssen zukünftig möglichst alle an Kapitalerträgen beteiligt werden.

Wir wollen eine erheblich breitere Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital erreichen, z.B. über die Einführung investiver Lohnbestandteile. Den Arbeitnehmern kann durch ihre Beteiligung an den Gewinnen der Unternehmen ein zusätzliches Einkommen gesichert werden. Die Eigenkapitalbasis der Unternehmen wird gestärkt, was wiederum zu mehr Investitionen anregt und Beschäftigung schaffen kann. Die Motivation im Betrieb wird verbessert, die Bindung der Arbeitnehmer an ihr Unternehmen gestärkt. Mit der Einführung des Investivlohns können wir die Soziale Marktwirtschaft zu einer „Gesellschaft von Teilhabern“ weiterentwickeln, wie dies bereits Ludwig Erhard forderte. Zugleich stärken wir auf diese Weise die private Altersvorsorge.

Wir werden daher in einem ersten Schritt Lohnerhöhungen und Sparbeiträge, die zur betrieblichen oder überbetrieblichen Kapitalbildung verwandt werden, bis zu einer Höhe von 800 DM durch eine Sparzulage von 20 % fördern. Die Anlagemöglichkeiten werden beträchtlich erweitert. Entsprechende Vereinbarungen können durch Einzelvertrag, Betriebsvereinbarung oder Tarifvertrag zustande kommen.

Auch wenn dies nur einen ersten Einstieg darstellt – unser Konzept ist ausbaufähig, und wir werden es schrittweise weiter ausbauen.

15. Kombilohn – für weniger Langzeitarbeitslosigkeit

Mehr als jeder dritte Arbeitslose in Deutschland ist seit über einem Jahr ohne Beschäftigung. Es reicht nicht aus, diesen Menschen als Perspektive lediglich die Unterstützung durch Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe zu bieten. Geld ist auf Dauer kein Ersatz für sinnvolle Beschäftigung.

Wir können Langzeitarbeitslosen nicht nur staatliche Leistungen gewähren und sie dann sich selbst oder der Schwarzarbeit überlassen. Leistung ohne Gegenleistung – das lädt zu Mißbrauch geradezu ein. Wer von der Gemeinschaft Unterstützung erfährt, der soll – soweit ihm das zuzumuten ist – auch etwas Nützliches für die Gemeinschaft tun. Es müssen Arbeitsgelegenheiten für Langzeitarbeitslose geschaffen werden.

Die Kommunen beschäftigen heute rund 200.000 der rund 700.000 arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger. Das sind 80.000 mehr als noch vor drei Jahren. Dieses Beschäftigungsangebot muß noch erheblich ausgeweitet werden. Unser Ziel ist es, mittelfristig jedem arbeitslosen Empfänger von Sozialhilfe und von Arbeitslosenhilfe, dem kein Arbeitsplatz nachgewiesen werden kann, über die Kommunen eine gemeinnützige Arbeit zu verschaffen. Derartige staatlich gestützte Beschäftigungsverhältnisse dürfen allerdings nicht den Aufwuchs mittelständischer Unternehmen gefährden.

Eine entsprechende kommunale Beschäftigungsförderung – immer mit dem Ziel der Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt – wird vielerorts mit Erfolg praktiziert. Es werden Arbeiten übertragen, die in Zeiten knapper Kassen sonst nicht erledigt werden könnten. Auf diese Weise kann verhindert werden, daß aus Langzeitarbeitslosen soziale Problemfälle werden, es kann die berufliche Qualifizierung der Betroffenen erreicht werden, und es wird eine konkrete Wertschöpfung für die Kommunen erbracht. Mittelfristig wollen wir die erweiterten Beschäftigungsmöglichkeiten für arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger auch den 1,3 Millionen Empfängern von Arbeitslosenhilfe zuteil werden lassen.

Auch die Privatisierung der Arbeitsvermittlung ist ein neuer Weg, den wir verstärkt nutzen wollen. Wir haben im Bundeshaushalt für 1998

die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen, damit Arbeitsämter Dritte mit der Vermittlung von Langzeitarbeitslosen beauftragen können.

Wir haben in Deutschland ein großes, nicht ausgeschöpftes Potential an Einfacharbeit. Wenn Einfacharbeit in Deutschland wieder stärker nachgefragt werden soll, dann muß die Lohnstruktur wieder stärker gespreizt werden. Dadurch können auch Geringqualifizierte und Nichtqualifizierte wieder stärker in den Arbeitsmarkt integriert werden.

Wir werden auch in Zukunft sicherstellen, daß Einkommen aus Arbeit über dem von der Sozialhilfe garantierten Existenzminimum bleiben. Ergänzende Sozialhilfe neben einem niedrigen Arbeitseinkommen – das ist bei Bedürftigkeit bereits heute möglich. Aber die Anreize zur Aufnahme von Arbeit müssen weiter verstärkt werden.

Wir haben daher ein Modell entwickelt, das es dem Sozialhilfeempfänger ermöglicht, – je nach Familienstand – einen größeren Teil seines Zuverdienstes neben dem Sozialhilfebezug zu behalten. Jeder der arbeitet, soll mehr verdienen können, als wenn er nicht arbeitet. Wir appellieren an den Bundesrat, diese Neuregelung nicht länger zu blockieren.

In einem weiteren Schritt wollen wir den Gedanken einer verbesserten Kombination aus staatlicher Leistung und Erwerbseinkommen auch für die Empfänger von Arbeitslosenhilfe, von Arbeitslosengeld und für anspruchsberechtigte Erwerbstätige nutzbar machen. Auch für diese Gruppen muß es sich lohnen, eine gering bezahlte Arbeit aufzunehmen, weil ihnen ein Teil der staatlichen Leistungen bzw. der Versicherungsleistungen erhalten bleibt. Wir wollen ein Kombilohn-Modell entwickeln, das tarifliche Niedriglöhne mit einer neugestalteten, nach Bedürftigkeit gewährten Transferleistung in optimaler Weise kombiniert, unter Einbeziehung der hierfür verfügbaren Finanzmittel aus Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe. Diese Mittel können besser eingesetzt werden. Denn es ist immer besser, Arbeit zu finanzieren anstatt Arbeitslosigkeit.

Die fortschreitende Umwandlung regulärer Arbeitsplätze in 620/520-DM-Jobs ist eine Fehlentwicklung. Wir müssen eine grundsätzliche Reform der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse auf den Weg bringen, die für mehr Dynamik im Bereich von Niedriglohnbeschäftigung und Teilzeitarbeit sorgt.

Auch die steigende Zahl jugendlicher Sozialhilfeempfänger gibt Anlaß zur Sorge. Angesichts der knappen Lehrstellen haben insbesondere Jugendliche ohne Hauptschulabschluß wenig Chancen auf Eintritt in das Berufsleben. Es darf aber niemand von der Schule unmittelbar in die Sozialhilfe abgleiten. Unser Ziel muß es sein, jedem Jugendlichen, der keinen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz erhalten hat, wenigstens eine Berufseinstiegs- und Qualifizierungsmaßnahme anbieten zu können. Auch jedem Jugendlichen, der Sozialhilfe beantragt, muß eine solche Maßnahme angeboten werden können. Wir appellieren an Länder, Kommunen, die Bundesanstalt für Arbeit und die Sozialpartner, gemeinsam mit der Bundesregierung für ein bundesweites Angebot geeigneter Berufseinstiegs- und Qualifizierungsmaßnahmen zu sorgen.

IV. Aufbau Ost

16. Aufbau fortführen – für einen selbsttragenden Aufschwung

Der Trendwende am Arbeitsmarkt im Westen muß jetzt die Trendwende am Arbeitsmarkt im Osten folgen. In den acht Jahren seit der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes hat der wirtschaftliche Wiederaufbau in den neuen Ländern große Fortschritte gemacht. Wenn wir auch feststellen müssen, daß dieser Anpassungsprozeß von enormen Umstellungs- und Anpassungsproblemen auf dem Arbeitsmarkt begleitet ist, deren Überwindung mehr Zeit in Anspruch nimmt als erwartet und die Belastbarkeit vieler Menschen in den neuen Ländern auf eine harte Probe stellt, so müssen wir auf dem eingeschlagenen Weg dennoch weiter vorangehen – Schritt für Schritt und mit Geduld.

Zu einer ausgewogenen Zwischenbilanz gehören aber auch die großen Erfolge, die sich die Menschen in den neuen Ländern in einer beispiellosen Kraftanstrengung erarbeitet haben. Entscheidende Voraussetzungen für einen nachhaltigen Aufschwung sind geschaffen. Die Infrastruktur im Osten ist heute schon teilweise moderner als in vielen Teilen Europas, das Telefonnetz ist das modernste der Welt. Besonders gravierende Probleme der ersten Jahre wie verfügbare Gewerbeflächen oder fehlendes Planungsrecht sind keine Hemmnisse mehr. Praktisch aus dem Nichts ist ein leistungsfähiger und innovativer Mittelstand entstanden. 600.000 neue Unternehmen haben 3,5 Mio.

Arbeitsplätze geschaffen. In vielen neu aufgebauten Produktionswerken stellen hochqualifizierte Arbeitskräfte mit modernster Technik Produkte her, die technologische Spitzenklasse sind.

Obwohl die Anstrengungen gewaltig waren und die Erfolge für jedermann sichtbar sind, müssen die Verkehrswege weiter modernisiert und ausgebaut werden, damit weitere Arbeitsplätze angesiedelt werden. Jeder Versuch, den notwendigen Ausbau zu verhindern oder in die Länge zu ziehen, ist ein Schlag ins Gesicht derjenigen, die einen Arbeitsplatz suchen. Der Bund hat im Verkehrshaushalt seit 1990 nahezu jede zweite Mark in den neuen Ländern investiert. Nie zuvor in der Geschichte wurde in so kurzer Zeit die Infrastruktur eines Landes in einem solchen Umfang modernisiert. Trotz erheblicher finanzieller Anspannungen werden wir die 17 großen Verkehrsprojekte Deutsche Einheit bis zum Anfang des nächsten Jahrzehnts zeit- und fristgerecht fertigstellen, damit die Verkehrsströme in Ost-West-Richtung besser fließen können und die neuen Bundesländer besser an die Märkte Westeuropas angeschlossen sind.

Unsere Förderpolitik werden wir weiter verbessern. Mit dem neuen Förderkonzept Ost haben wir deutlich gemacht, daß auch in den nächsten Jahren der Aufbau wettbewerbsfähiger Unternehmensstrukturen für unsere Politik absolute Priorität hat. Dazu wird das gesamte Förderinstrumentarium gebündelt und transparenter gemacht. Durch die Umstellung auf Investitionszulagen wird die Förderung auf diejenigen konzentriert, die unmittelbar wirtschaftlich tätig sind. Und sie wird zielgenauer, indem sie direkt das Eigenkapital verstärkt. Weil dem Dienstleistungssektor bei der Lösung der Beschäftigungsprobleme eine Schlüsselrolle zufällt, werden produktionsnahe Dienstleistungen fortan Schwerpunkte der Förderung sein. Dabei wollen wir den Mittelstand durch eine Verdoppelung der bisherigen Zulagen besonders fördern.

Unser Förderkonzept ist das Herzstück der gemeinsamen Vereinbarung von Bundesregierung, Gewerkschaften und Arbeitgebern im Bündnis für mehr Arbeitsplätze in den neuen Bundesländern. Wir machen damit deutlich, daß wir voll und ganz zu diesen Verpflichtungen stehen.

Wir werden die Standortbedingungen weiter verbessern, um die Lücke zwischen Nachfrage und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit in den neuen Bundesländern zu schließen. Die Nachfrage nach Gütern aus den neuen Ländern muß weiter gesteigert werden. Dafür müssen die Unter-

nehmen aus den neuen Ländern auch künftig angemessen an öffentlichen Aufträgen beteiligt werden. Auch und gerade deswegen ist der Bau der Transrapid-Strecke zwischen Hamburg und Berlin so wichtig, weil er schwerpunktmäßig der Bauindustrie in den neuen Ländern zugute kommt und 18.000 Menschen eine Beschäftigungschance bietet.

17. Nationale Solidarität – das Band der Einheit

Die gemeinsame Hilfe beim Aufbau im Osten ist für uns ein Gebot nationaler Solidarität – so wie Deutsche aus Ost und West, allen voran die Soldaten unserer Bundeswehr, im vergangenen Sommer am Oderbruch nationale Solidarität bewiesen haben. Solidarität setzt die innere Bereitschaft voraus, zu helfen, dem anderen zur Seite zu stehen. Diese innere Bereitschaft erwächst aus gegenseitigem Verständnis, Verständnis für die Lage des anderen, für sein Handeln, für seine Motive, für seine Wertüberzeugungen.

Nationale Solidarität zwischen den Deutschen in Ost und West darf, so verstanden, keine Einbahnstraße sein. Die Menschen im Westen müssen Verständnis entwickeln für die Menschen im Osten – für deren Leben in vier Jahrzehnten der Teilung, im real existierenden Sozialismus. Im Westen wissen die meisten leider immer noch wenig über das Alltagsleben in der DDR, über die andersartigen Biographien und Lebenserfahrungen der Menschen dort. Daß die Menschen in den neuen Ländern ihre Lebensleistung nicht gern über Nacht entwertet sehen wollen, daß sie nicht bereit sind, alles schlecht zu finden, was sie unter höchst widrigen Umständen aufgebaut haben, das ist nachvollziehbar und begreiflich.

Umgekehrt müssen auch die Menschen im Osten Verständnis für ihre Mitbürger im Westen entwickeln. Sie müssen bereit sein, die politische und gesellschaftliche Ordnung der Bundesrepublik innerlich anzunehmen, auf die die Menschen im Westen zu Recht stolz sind. Ohne die Erfolge von Demokratie und sozialer Marktwirtschaft im Westen wäre die Wiedervereinigung nicht gekommen und wäre die Unterstützung beim Aufbau Ost nicht möglich. Die Menschen im Osten haben sich in ihrer friedlichen Revolution 1989 und mit den Wahlen zur Volkskammer 1990 in freier Selbstbestimmung für den Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland entschlossen. Das schließt das Bekenntnis zur Werteordnung des Grundgesetzes und die innere Anerkennung der politischen und staatlichen Institutionen der Bundesrepublik

mit ein. Nur wenn sich Ost und West in dieser Weise gegenseitig verstehen und akzeptieren, werden die Narben der Teilung verheilen.

Die SPD ist unfähig, diesen Prozeß der inneren Einheit zu vollenden. Sie hat zu keinem Zeitpunkt nationale Solidarität für den Aufbau der neuen Länder aufgebracht. Wer in den historischen Stunden der Einheit so kläglich versagt hat, der ist nicht geeignet, politische Verantwortung für unser geeintes Vaterland zu übernehmen.

Auch unsere Sorge für unsere Landsleute, die in ihrer Heimat im Osten geblieben sind, ist ein Gebot nationaler Solidarität. Sie und die Deutschen in Rußland und in anderen Ländern Ost- und Südosteuropas hatten am längsten und am schwersten unter den Folgen des Zweiten Weltkriegs, unter jahrzehntelanger Willkürherrschaft und Unterdrückung zu leiden. Wir fühlen uns für ihr Schicksal mitverantwortlich. Spätaussiedler sind Deutsche und haben ein Recht darauf, im Rahmen des geordneten Aufnahmeverfahrens nach Deutschland zu kommen und hier für sich und ihre Familien eine Zukunft aufzubauen.

Die SPD stellt dies heute in Frage und bezieht offen Position gegen die Aufnahme gerade derjenigen Deutschen, die in besonderem Maße unsere Hilfe und Unterstützung benötigen. Sie will den Rußlanddeutschen das gemeinschaftliche Kriegsfolgenschicksal aberkennen. Dem stellen wir unsere bewährte Politik entgegen: Wir wollen dazu beitragen, das die Deutschen im Osten gesicherte Lebensperspektiven für sich und ihre Kinder erhalten. Wir unterstützen die Bemühungen um den Erhalt einer deutschen Identität in ihrer oft seit Jahrhunderten angestammten Heimat. Die, die zu uns kommen, werden wir mit ihren Familien weiter bei uns aufnehmen.

Nationale Solidarität, nationalen Zusammenhalt kann es nur geben, wenn das Bewußtsein der gemeinsamen Geschichte und Kultur in einer Nation wach ist. Wir Deutschen haben es schwerer als andere, das Erbe der Geschichte für unseren nationalen Zusammenhalt fruchtbar zu machen. Wir müssen uns gleichwohl darum bemühen. Wir müssen uns unserem historischen Erbe stellen, uns mit diesem Erbe auseinandersetzen, mit allen seinen Höhen und Tiefen. Es gilt, in den Schulen und Hochschulen, bei den Soldaten unserer Bundeswehr das Interesse an der deutschen Geschichte, das Bewußtsein für die gemeinsame Nation und unser gemeinsames europäisches Erbe, für unsere daraus resultierende Verantwortung zu wecken und wachzuhalten.

Gemeinsame Identität kann sich nicht nur auf kritische Distanz gründen. Die freiheitliche Demokratie ist auf Identifikation, auf die Vaterlandsliebe ihrer Bürger angewiesen.

V. Sozialstaat der Zukunft

18. Umbau des Sozialstaats – für ein Leben in sozialer Sicherheit

Der Sozialstaat ist weitaus mehr wert als er kostet! Die Leistungen des Sozialstaates sind für viele Millionen Menschen die wichtigste Sicherung gegen die großen Lebensrisiken Krankheit, Pflegebedürftigkeit, Arbeitslosigkeit und Altersarmut. Damit die Leistungsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme in einer Zeit des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbruchs erhalten bleibt, müssen wir den Sozialstaat umbauen.

Solidarität und Subsidiarität sind tragende Prinzipien unserer Sozialpolitik. Subsidiarität organisiert Solidarität. Sie gibt der Hilfe zur Selbsthilfe Vorrang und bevorzugt die jeweils kleinere Gemeinschaft. Die sozialen Sicherungssysteme werden auf Dauer nur tragfähig bleiben, wenn wir sie an die veränderten Bedingungen anpassen.

Der Generationenvertrag, auf dem unsere solidarische Rentenversicherung ebenso aufbaut wie unsere Kranken- und Pflegeversicherung, ist vor allem aus demographischen Gründen in eine Schieflage geraten. Die Geburtenzahlen bleiben niedrig und die Lebenserwartung der Menschen steigt in den nächsten Jahrzehnten auf im Durchschnitt über 80 Jahre. Das bedeutet, daß sich bis zum Jahr 2030 der Anteil der Menschen im Rentenalter im Vergleich zu denen im erwerbsfähigen Alter fast verdoppeln wird.

Zugleich gerät die finanzielle Grundlage der sozialen Sicherung auch von anderer Seite zunehmend unter Druck: durch die hohe Arbeitslosigkeit, durch das zunehmende Ausweichen in beitragsfreie Beschäftigung, durch die Neigung zu immer differenzierteren Erwerbsbiographien. Bei gleicher Leistung führt das unvermeidlich zu steigenden Beiträgen – mit allen Folgen für wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung in Deutschland. Angesichts dieser Herausforderungen stehen wir in der Pflicht, die sozialen Sicherungs-

systeme zu reformieren, um sie stabil zu halten. Das Ziel muß sein, daß der gesamte Sozialversicherungsbeitrag in der nächsten Legislaturperiode wieder auf unter 40 Prozent sinkt.

Die Belastungen aus steigender Lebenserwartung und einem wachsenden Anteil Älterer in unserer Gesellschaft werden nur mit mehr eigenverantwortlicher privater Vorsorge zu schultern sein. Der Sozialstaat kann nicht einen beliebig hohen Lebensstandard garantieren, es bedarf immer auch ergänzender eigenverantwortlicher Vorsorge.

Mit der Rentenstrukturreform 1999 haben wir die finanziellen Folgen aus steigender Lebenserwartung und längerem Rentenbezug gleichmäßig auf Beitragszahler und Rentner, auf Junge und Alte verteilt. Deswegen sinken die Renten nicht, sie steigen nur langsamer. Und langsamer steigen müssen sie, denn sonst überfordern wir Wirtschaft und Beitragszahler mit zu hohen Beitragssätzen.

Der nächste Reformschritt wird die Reform der Hinterbliebenenrente sein. Zukünftig sollen eigenes Einkommen und eigene Erwerbsmöglichkeiten von Hinterbliebenen stärker berücksichtigt werden. Außerdem wollen wir eine weitere Stärkung der zentralen Rolle der Familie für den Generationenvertrag erreichen. Zum Generationenvertrag gehört nicht nur die Beitragsleistung, sondern auch eine Erziehungsleistung. Diese Erziehungsleistung muß angesichts der Entwicklung der Geburtenzahlen und der wirtschaftlichen Einschränkung, die Kinder heute für Eltern bedeuten, und die andere nicht tragen, in der Rentenversicherung zukünftig besser zur Geltung kommen.

Gerade junge Menschen wollen wir ermutigen, frühzeitig ergänzend – privat oder betrieblich – für das Alter vorzusorgen. Die bestehenden Formen betrieblicher Altersvorsorge wollen wir um Vorsorgefonds, wie die international bewährten Pensionsfonds, erweitern. Zwischen den einzelnen Formen betrieblicher Altersvorsorge soll größtmögliche Flexibilität bestehen, so daß jedes Unternehmen die geeignetste Form frei wählen und auch wechseln kann. Für die unterschiedlichen Modelle zur Flexibilisierung der Lebensarbeitszeit und des Übergangs in den Ruhestand, wie sie von den Tarifpartnern gegenwärtig in Form von Altersteilzeit und Blockzeitregelungen entwickelt werden, werden wir die notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen. Neben das Umlagesystem der gesetzlichen Rentenversicherung müssen künftig verstärkt kapitalgedeckte Vorsorgeleistungen treten.

Auch privates Wohneigentum dient in zunehmendem Maße der Daseins- und Altersvorsorge. Die CDU tritt daher für eine breitere Streuung des privaten Eigentums an Grund und Boden und an Wohnungen ein. Mehr Mieter sollen Eigentümer werden. Insbesondere die junge Generation wollen wir dazu bewegen, frühzeitig Wohneigentum zu bilden.

Mehr Eigenverantwortung und Eigenvorsorge, mehr Sparsamkeit und Effizienz der Mittelverwendung sind auch in der gesetzlichen Krankenversicherung unverzichtbar. Mit dieser Einsicht sind wir bei der Reform der gesetzlichen Krankenversicherung erfolgreich. Wenn alle diejenigen (Leistungserbringer und Versicherte), die über die Inanspruchnahme von Leistungen entscheiden, für Sparsamkeit gewonnen werden können, dann kann Mittelverschwendung bei Gesundheitsleistungen eingedämmt werden. Das heißt Zuzahlung oder Eigenbeteiligung, soweit dies sozial zumutbar ist – und es funktioniert: Seit vergangenem Sommer steigen die Ausgaben der Krankenkassen nicht mehr an. So bleibt die bestmögliche Gesundheitsversorgung wirtschaftlich tragbar.

Wir wollen daher den eingeschlagenen Weg fortsetzen. Wir wollen den Wettbewerb zwischen den Krankenkassen intensivieren, die Gestaltungsmöglichkeiten der Kassen ausbauen und besser nutzbar machen, die Vertragsfreiheit zwischen Krankenkassen und Leistungserbringern erweitern, die Wahlmöglichkeiten der Versicherten erhöhen und die Krankenhäuser noch stärker in die Gesundheitsreform einbeziehen.

Geringverdiener dürfen nicht überfordert werden. Jeder, der krank ist, muß die medizinische Versorgung erhalten, die er braucht, unabhängig von seinem Alter und Einkommen. Zusätzlich gewünschte, medizinisch nicht notwendige Leistungen können und müssen im Interesse der Beitragszahler, der Arbeitnehmer wie der Arbeitgeber privat abgesichert werden. Nur so läßt sich ein weiterer Anstieg der Beitragslasten und damit der Arbeitskosten verhindern.

19. Politik für Familien – Politik für die Zukunft

Im Mittelpunkt einer menschlichen Gesellschaft steht für uns die Familie. Auch unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen bleibt sie die Lebensgemeinschaft der Zukunft. Der Wunsch, eine Familie zu gründen, ist für die große Mehrheit der jungen Menschen noch immer das vorrangige Lebensziel.

Die Familie ist der Ort, an dem die Menschen quer durch die Generationen am stärksten die Notwendigkeit und die Bedingungen von Gemeinschaft erfahren können. Rücksichtnahme, solidarisches Verhalten, Gemeinsinn – Qualitäten, auf die jede Freiheit gewährende Ordnung angewiesen ist – werden nirgendwo lebenspraktischer vermittelt als im Kreis der Familie. Erziehung ist heute wieder gefragt, weil den Menschen klar geworden ist, daß es ohne Erziehung nicht geht, daß mangelnder Mut zur Erziehung dem sozialen Zusammenleben unabsehbaren Schaden zufügen muß.

Wir müssen die Familien stärken, denn sonst werden wir mehr und mehr zu einer kinderlosen Gesellschaft. Eine Gesellschaft ohne Kinder ist eine Gesellschaft ohne Zukunft.

Ehe und Familie sind unverzichtbare Institutionen, die sich im gesellschaftlichen Wandel bewähren müssen. Die eheliche Lebensgemeinschaft ist heute stärker geprägt von dem gleichberechtigten Interesse von Mann und Frau, ihre Unabhängigkeit in der partnerschaftlichen Lebensgestaltung zu sichern, und in der gemeinsamen Entscheidung zum Kind und der Erziehung als gleich verpflichtender Aufgabe von Mann und Frau.

Wir haben den Familienleistungsausgleich durchgreifend verbessert, Kindergeld bzw. Kinderfreibeträge deutlich erhöht. Durch die Einführung eines Erziehungsgeldes und des Erziehungsurlaubs konnten wir den jungen Familien in einer entscheidenden Lebensphase spürbar helfen. Wir haben die rentenrechtliche Anerkennung von Erziehungsleistungen eingeführt und ausgeweitet. Bis zum Jahr 2000 wird die rentenrechtliche Anerkennung der Kindererziehungszeiten auf 100 % des Durchschnittsverdienstes der Versicherten angehoben. Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz wurde durchgesetzt, ein neues Kindschaftsrecht wurde eingeführt, das eheliche und nichteheliche Kinder rechtlich gleichstellt.

Längst aber ist unsere Gesellschaft noch nicht so familien- und kinderfreundlich, wie wir uns dies wünschen. Wir wollen vor allem dafür sorgen, daß die Arbeit mit Kindern und für Kinder größere Anerkennung findet. Finanzielle Spielräume werden wir konsequent zugunsten der Familie nutzen, für Kindergeld, Erziehungsgeld, Unterhaltsvorschuß, Wohngeld und Ausbildungsförderung. Die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit wollen wir fördern – vor allem durch ein bedarfsgerechtes Angebot zur Tagesbetreuung. Den Alleinerziehenden wollen wir besonders helfen.

Unser Leitbild bleibt die Partnerschaft und Solidarität der Generationen. Das bedeutet, daß wir auch über die gerechte Verteilung der Lasten zwischen den Generationen immer wieder neu nachdenken müssen. Generationensolidarität heißt nicht nur, daß die ältere Generation angemessen versorgt sein muß, Generationensolidarität heißt auch, daß wir nicht auf Kosten derer leben dürfen, die nach uns kommen. Das gilt für die öffentliche Verschuldung, weil wir nicht der nachfolgenden Generation einen Schuldenstand hinterlassen dürfen, der ihren Lebensstandard unter den ihrer Eltern drücken muß und ihre Zukunftschancen über Gebühr einschränkt. Das gilt auch für unseren Umgang mit den natürlichen Ressourcen, denn unsere Kinder und Enkel haben dasselbe Recht auf eine intakte Umwelt wie wir.

20. Soziale Gemeinschaften stärken – für Verwurzelung und Zusammenhalt

Wir sind heute in rascher Folge mit einer Vielzahl grundlegender Veränderungen konfrontiert, in Arbeitswelt und Beruf, in gesellschaftlicher und kultureller Hinsicht. Einmal Erlerntes verliert seine Gültigkeit, Selbstverständlichkeiten des eigenen Kulturkreises werden in Frage gestellt, das Modernisierungstempo hat sich derart beschleunigt, daß so mancher nicht mehr mithält. Orientierungsverlust bis hin zu sozialer Entwurzelung sind die Folge.

Aufgabe verantwortlicher Politik muß es sein, Gegengewichte schaffen zu helfen, damit den Menschen das innere Gleichgewicht nicht verlorengeht, dem Einzelnen nicht und der Gesellschaft als Ganzes nicht. Inneren Halt findet der Mensch in der sozialen Gemeinschaft, die für ihn überschaubar bleibt – neben Familie und Bekanntenkreis in der lokalen Gemeinschaft, in Gemeinde und Herkunftsregion. Heimat – für manche ein altmodisches Wort, und doch einer der elementarsten Sozialbezüge, der sich denken läßt, auch und gerade für den modernen Menschen.

Was wir heute benötigen, das ist eine Politik der Regionalisierung, der Stärkung wirtschaftlicher, gesellschaftlicher, kultureller Zusammenhänge im überschaubaren Lebensumfeld. Unter Rückbesinnung auf das menschliche Maß, mit dem Versuch, der Beschleunigung von Veränderungsprozessen ein verlangsamendes Element entgegenzusetzen, jedenfalls in den Bereichen, in denen sich der Mensch zu Hause fühlen soll.

Aus der Erkenntnis, auf Gemeinschaft angewiesen zu sein, muß auch die Bereitschaft folgen, sich für diese Gemeinschaft einzusetzen. Es gilt, praktische Solidarität, soziales und politisches Engagement, Bereitschaft zur Übernahme von Ehrenämtern zu fördern, der Auflösung der sozialen Gemeinschaft im Zeichen eines überzogenen Individualismus entgegenzuwirken.

Die Menschen, gerade junge Menschen, sind heute durchaus bereit, zu helfen, mitzumachen, Verantwortung zu übernehmen. Sie brauchen eine konkrete Herausforderung und Aufgabe, ein Ziel, für das sich der Einsatz lohnt, das sie persönlich anspricht, und für dessen Verwirklichung sie ihren individuellen Beitrag leisten können. Unterstützung für andere und individuelle Selbstverwirklichung widersprechen sich keineswegs: Das Gefühl, anderen wirksam helfen zu können, ist die schönste Form von Selbstverwirklichung.

Es bedarf des Anstoßes, des persönlich Angesprochenenseins, der Aufforderung – und später der Bestärkung, der Bestätigung. Wer für andere Verantwortung übernimmt, wer sich einsetzt, wer Kranke oder Behinderte betreut, einen Turnverein organisiert, einen Chor leitet, der erwartet dafür in der Regel keine materielle Belohnung. Der macht meist auch nicht viel Aufhebens von seinem Engagement. Aber was er erwarten darf für seinen Dienst am Nächsten, das ist öffentliche Anerkennung und Wertschätzung.

VI. Innere Sicherheit und Stabilität

21. Werte und Orientierungen – für eine Gesellschaft des Miteinanders

In unserer Zeit vielfältigen Wandels wächst das Bedürfnis nach Orientierung. Darum gilt es, den Grundkonsens und das Wertefundament, das unsere freiheitliche und pluralistische Gesellschaft zusammenhält, zu bewahren und zu festigen. Die Abstützung und Weitergabe eines fundamentalen Wertekanons verlangt das alltägliche gelebte Vorbild und die Stärkung der wichtigen wertevermittelnden Instanzen unserer Gesellschaft – Familie, Schule, Kirchen. Wir unterstützen die Kirchen in ihrer Arbeit, Orientierung zu stiften und Glaubensheimat zu bieten. Am System der Kirchensteuer halten wir fest.

Wir wollen keine kalte, sondern eine humane Gesellschaft. Nicht Selbstverwirklichung um jeden Preis und Egozentrik, nicht schrankenloser Individualismus und rücksichtslose Verfolgung eigener Interessen sind das Maß. Entscheidend ist die Bewahrung gerade auch der gemeinschaftserhaltenden und gemeinschaftsstiftenden Werte wie Gemeinsinn, Verantwortungsbereitschaft und Nächstenliebe.

Ohne Selbstdisziplin und Opferbereitschaft, ohne Rücksichtnahme und Respekt vor Person und Besitz des anderen, ohne Eigenverantwortung und ein waches Gefühl für die Verantwortung vor Gott und den Menschen werden wir die Zukunft nicht gewinnen. In diesem Zusammenhang stellt der Schutz des ungeborenen Lebens für uns eine bleibende Aufgabe dar. Schutz der Schwachen und Fürsorge für die, die sich aus eigener Kraft nicht helfen können, das muß so selbstverständlich sein wie der Grundsatz, daß man nicht mehr von der Gemeinschaft verlangt, als einem zusteht, und ihr das Geschuldete nicht vorenthält.

Eine Gesellschaft wird ihr menschliches Gesicht behalten, wenn sie auf dem Fundament der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität aufgebaut ist. Vertrauen in die Menschen, nicht auf Kontrolle – das ist das einer freiheitlichen Gesellschaft gemäße Prinzip sozialen Zusammenlebens.

22. Kriminalität bekämpfen – Freiheit sichern

Der Anstieg der Kriminalität ist kein unabänderliches Naturgesetz. Bürger, Gemeinden und Polizei müssen Verbrechensbekämpfung als gemeinsame Herausforderung annehmen.

Die von SPD und Grünen jahrelang propagierte „Entkriminalisierung“ und Verharmlosung von sogenannten „Bagatelldelikten“ führt dagegen nur zu noch mehr Kriminalität. Hemmschwellen werden gesenkt, Rechtsbrecher ermutigt, die gesetzestreuen Bürger entmutigt. Die Parole muß lauten: Wehret den Anfängen! Anfänge, das sind auch die geduldete Verwahrlosung von öffentlichen Verkehrsmitteln und Plätzen durch Alkoholismus- und Drogenszenen, das sind Pennertum und aggressives Betteln, Graffiti-Schmierereien und Vandalismus, Gewöhnung an Ordnungswidrigkeiten, Belästigungen und Massenkriminalität. Wir wollen auch nicht die von Rot-Grün geforderte Legalisierung von Haschisch und die staatliche Abgabe von Heroin.

Unsere Politik dagegen lautet: Null Toleranz für Rechtsbrecher und Gewalttäter! Mit der Union wird es keine Kapitulation vor dem Verbrechen geben. Besonders die Schwachen leiden, wenn der Staat Schwäche zeigt. Rot-Grün sind dort, wo sie in den Ländern Verantwortung tragen, mit ihrer Entkriminalisierungsstrategie ebenso gescheitert wie mit der Politik der Duldung rechtsfreier Räume für Choten und Gewalttäter.

Wir wollen eine bürgernahe, eine präsenste Polizei – der „Schutzmann an der Ecke“ muß wieder zum gewohnten Straßenbild gehören. Wir wollen eine Polizei, die sich als Sicherheitspartner des Bürgers versteht. Wir wollen auch den Bundesgrenzschutz verstärkt einzusetzen, um gemeinsam mit Polizei und Ordnungsbehörden die Sicherheit auf Bahnhöfen, in Personenzügen und an anderen Sicherheitsbrennpunkten zu verbessern.

Wir haben viel für die Innere Sicherheit getan in den letzten Jahren. Damit die Strafe der Tat möglichst auf dem Fuß folgen kann, wurde nach jahrelangem Ringen das beschleunigte Verfahren und die Hauptverhandlungshaft durchgesetzt. Die Strafen für Gewaltdelikte wurden deutlich erhöht. Die Strafbarkeit des Kindesmißbrauchs wurde verschärft und die Möglichkeit erleichtert, zum Schutz der Bevölkerung außer der Strafe eine anschließende Sicherungsverwahrung anzuordnen.

Die beim Bundeskriminalamt eingerichtete Gen-Datei ist ein wichtiges Instrument zur Aufklärung schwerer Straftaten. Mit ihrer Hilfe können Wiederholungstäter schnell und sicher identifiziert werden. Die Leistungsfähigkeit der Gen-Datei wird noch erhöht, wenn auch bei den heute bereits verurteilten Tätern entsprechendes Material erhoben werden kann. Eine gesetzliche Regelung, die dies ermöglicht, muß rasch geschaffen werden.

Den gemeinsamen mit unseren europäischen Partnern geführten Kampf gegen die internationale Organisierte Kriminalität, gegen Rauschgiftbanden, Schlepperorganisationen, internationalen Terrorismus und grenzüberschreitend operierende Mafia-Gruppen wollen wir intensivieren. Die Gründung von EUROPOL ist ein erster Schritt. Mit dem Zentralcomputer des Schengener Informationssystems wird der schnelle Informationsaustausch zwischen den europäischen Polizeibehörden ermöglicht. Für uns bedeutet Vertiefung der Europäi-

schen Union vor allem auch verbesserte Möglichkeiten für die Kriminalitätsbekämpfung.

Damit Deutschland sich der internationalen Drogen-Kartelle und Mafia-Banden erwehren kann, hat die Bundesregierung schon vor Jahren Gesetze gegen Geldwäsche und zum Abhören von Gangsterwohnungen vorgelegt. SPD, Grüne und PDS tragen die Verantwortung dafür, daß im Kampf gegen die internationale Organisierte Kriminalität entscheidende Jahre verloren gingen und auch neue Reaktionsmöglichkeiten des Staates am Ende verwässert wurden. Die Union bleibt die einzige politische Kraft in Deutschland, die entschlossen und verläßlich für den Schutz der Bürger vor Verbrechen und für die innere Sicherheit in unserem Land handelt.

Die Zahl ausländischer Straftäter, besonders von durchreisenden Banden und illegal oder vorläufig im Land befindlichen Ausländern, ist besorgniserregend. Wer als Ausländer in Deutschland Verbrechen begeht, verliert sein Gastrecht und muß abgeschoben werden. Wir haben das Ausländergesetz geändert, um kriminelle Ausländer leichter ausweisen zu können. Konsequentes Handeln ist nötig, auch damit die Bereitschaft zur Integration der seit langen Jahren bei uns lebenden Ausländer keinen Schaden nimmt.

Der erschreckend angestiegenen Kinder- und Jugendkriminalität muß konsequent entgegengewirkt werden. Die wichtigsten Beiträge dazu leistet eine auf Wertevermittlung ausgerichtete Erziehung in Familie, Schulen und Freizeiteinrichtungen. Wir brauchen entschiedene Maßnahmen der Kriminalitätsvorbeugung, wir brauchen Freizeitangebote und soziale Betreuung für Jugendliche. Auf kriminelle Taten Jugendlicher hat eine unmißverständliche strafrechtliche Sanktion zu folgen. In schweren Fällen kann auf die Unterbringung in geschlossenen Heimen nicht verzichtet werden. Für kriminelle Heranwachsende (18 bis 21 Jahre) muß die Verurteilung nach Erwachsenenstrafrecht wieder der Regelfall werden. Vor allem gilt: Schnelle Strafverfahren direkt nach der Tat sind wichtiger als hohe Strafen.

Es kann nicht sein, daß Verbrecher wegen Überlastung der Justiz aus der Untersuchungshaft entlassen werden. Die Strafandrohung des Gesetzes und die tatsächlich verhängte und verbüßte Strafe müssen sich wieder stärker entsprechen, Mindeststrafe und kürzeste Haftverbüßung dürfen nicht die Regel werden. Der Schutz der Allgemeinheit

hat im Zweifel Vorrang. In den offenen Vollzug dürfen nur Gefangene, die keine Gefahr für die Sicherheit der Bevölkerung darstellen.

Die Praxis des Strafvollzugs in den Bundesländern ist zu überprüfen und zu erneuern. Für uns steht der Schutz der Bevölkerung und der im Strafvollzug tätigen Bediensteten vor gefährlichen Straftätern und neuen Straftaten im Vordergrund. Strafvollzug muß die Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung ernstnehmen. Strafe muß auch als solche empfunden werden und dem Gedanken der Spezial- und Generalprävention, also der Abschreckung des Täters und der Allgemeinheit vor der Begehung von Straftaten Rechnung tragen. Resozialisierung ist nur dort möglich, wo der Täter resozialisierungswillig und -fähig ist. Wo Resozialisierung nicht möglich erscheint oder der Gefangene die Chancen des Resozialisierungsvollzugs nicht wahrnimmt, ist die Unterbringung in einem besonderen Sicherheitsvollzug notwendig. Bei gefährlichen, nicht therapiefähigen oder -willigen Sexualstraftätern muß Sicherheitsverwahrung bereits nach der ersten Rückfalltat angeordnet werden.

23. Bürokratie abbauen – für einen schlanken Staat

Damit der Rechtsstaat seine Aufgaben effektiv erfüllen kann, muß er sich auf das Wesentliche konzentrieren. Wirtschaftliche Dynamik und Innovationsfähigkeit dürfen nicht durch staatliche Reglementierung und bürokratischen Perfektionismus erstickt werden. Deregulierung, Privatisierung und Verwaltungsmodernisierung schaffen Raum für private Initiative.

Die großen Privatisierungen der letzten Jahre – Post, Bahn, Flugsicherung – zielen in diese Richtung. An unserer erfolgreichen Privatisierungspolitik halten wir fest. Wir werden durch weitere Marktöffnungen und Privatisierungen mehr Raum für unternehmerische Initiativen und neue Arbeitsplätze schaffen. Deshalb wollen wir weitere Unternehmen und Beteiligungen in Bundesbesitz privatisieren, zum Beispiel im Verkehrs- und Telekommunikationsbereich, Aufgaben an effizientere private Dienstleister übertragen und private Träger stärker an Finanzierung und Betrieb von Infrastrukturmaßnahmen beteiligen. Durch alle diese Maßnahmen können Kosten eingespart, Bürger und Unternehmen entlastet werden, ohne Leistungsangebote zu verschlechtern. Deshalb fordern wir auch Länder und Kommunen auf, unserem Beispiel zu folgen, denn dort liegen die größten Privatisierungspotentiale.

Ein bürgernaher Staat ist ohne einen funktionsfähigen öffentlichen Dienst nicht denkbar. Das Berufsbeamtentum bleibt für die Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben unverzichtbar. Wir haben Maßnahmen getroffen, um den öffentlichen Dienst in seiner Gesamtheit leistungsorientierter, flexibler und effizienter zu machen. Der Bund kommt 1999 mit weniger Personal aus als 1990. Der verstärkte Einsatz moderner Informationstechnik und neuer Führungs- und Steuerungsinstrumente sind Teilschritte einer grundlegenden Modernisierung der Verwaltung. Das öffentliche Haushaltswesen wird reformiert, um Kostentransparenz zu ermöglichen, um Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit zu verbessern.

Wer A sagt, muß auch B sagen: Wer weniger gesetzliche Regelung will, der muß der Verwaltung vor Ort erweiterte Ermessensspielräume zugestehen. Damit Überregulierung und Überreglementierung besser eingedämmt werden können, wollen wir künftig in begründeten Fällen die Abweichung von allzu strengen gesetzlichen Vorhaben wie Standards, Mindestgrößen, Prüfmaßstäben und dergleichen ermöglichen. Dies ist für die neuen Länder von besonderer Bedeutung, denn gerade der Aufbau im Osten ist auf einfache Verwaltungs- und Genehmigungsabläufe angewiesen. Durch Öffnungs- und Experimentierklauseln könnten Bundesgesetze für eine vereinfachende anderweitige Gesetzgebung der neuen Länder geöffnet werden. Einfachere, schnellere Verfahren, wie das Auditierungsverfahren und das Projektmanagement, entsprechen einem neuen Verständnis von Verwaltung als öffentlicher Dienstleistung.

24. Ausländer in Deutschland – für ein gedeihliches Zusammenleben

In Deutschland leben über 7 Millionen Ausländer. Ein Teil von ihnen sind Gäste auf Zeit, manche befinden sich unberechtigt hier und müssen das Land wieder verlassen. Die meisten aber sind einst als Gastarbeiter nach Deutschland gekommen und leben zum Teil seit Jahrzehnten bei uns. Längst sind sie Teil dieser Gesellschaft. Ohne sie würden manche Bereiche der Wirtschaft nicht funktionieren. Sie zahlen Steuern und Sozialversicherungsbeiträge wie jeder andere. Ihre Kinder sind in Deutschland geboren und aufgewachsen, haben deutsche Schulen besucht, Deutsch ist ihre Umgangssprache.

Die auf Dauer rechtmäßig bei uns lebenden ausländischen Mitbürger wollen wir bei uns eingliedern. Eingliederung, Integration findet auch

längst statt am Arbeitsplatz, in der Schule, im Sportverein – mit im Ganzen gesehen gutem Erfolg, auch im Vergleich zu den Integrationsbemühungen anderer Länder. Aber Integration bedeutet, daß beide Seiten aufeinander zugehen müssen, Toleranz für andere Lebensart einerseits, und das Bemühen, sich einzufügen, andererseits. Deutschland ist ein ausländerfreundliches Land. Fremdenfeindliche Gewalttaten sind beklagenswerte Ausnahmen und werden weiter mit aller Härte verfolgt.

Im Rahmen einer umfassenden Reform des Staatsangehörigkeitsrechts sind weitere Erleichterungen beim Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit als Abschluß erfolgreicher Integration beabsichtigt. Wer Deutscher werden will, muß aber grundsätzlich seine alte Staatsangehörigkeit aufgeben. Staatsangehörigkeit zum Nulltarif zählt nichts und bedeutet keinen Anreiz zur Integration. Beherrschung der deutschen Sprache und das Bekenntnis zu unserem Grundgesetz sind wichtigste Einbürgerungsvoraussetzungen.

Deutschland soll auch in Zukunft eine nach innen und außen offene, tolerante, zugleich stabile Gesellschaft bleiben. Weder Offenheit und Toleranz, noch Stabilität dürfen unbedacht verspielt werden. Deshalb müssen Ausländer, die kein Bleiberecht in Deutschland erhalten, das Land auch wieder verlassen. Wir wollen Integration derer, die dauerhaft und rechtmäßig bei uns leben; Ausweisung jener, die in Deutschland Verbrechen begehen; Strafverbüßung reisender krimineller Ausländer möglichst sofort nach Verurteilung im Herkunftsland, Begrenzung des Zuzugs und Verhinderung illegaler Zuwanderung, um auch im Interesse unserer bereits hier lebenden ausländischen Mitbürger die Integrationsfähigkeit und Integrationswilligkeit der Deutschen nicht zu überfordern; Bekämpfung der Wanderungsursachen in den Herkunftsländern – nur so kann auch in Zukunft eine vernünftige Ausländerpolitik für Deutschland und für Europa aussehen.

Probleme erwachsen der Bundesrepublik Deutschland aus den Wanderungsbewegungen in die wirtschaftlich starken Staaten Westeuropas. Dem Mißbrauch unseres weltweit einmaligen Asylrechts sind wir mit der Asylrechtsreform 1993 erfolgreich entgegengetreten. Wir wollen auch weiterhin politisch Verfolgten Schutz gewähren. Die Fähigkeit hierzu hängt aber auch davon ab, ob es uns gelingt, den Zuzug unter mißbräuchlicher Berufung auf Asyl zu unterbinden.

VII. Verantwortung für Europa und die Welt

25. Die europäische Einigung vollenden – für Frieden und Wohlstand in Europa

Deutschland liegt in der Mitte Europas. Wir haben mehr Nachbarn als jedes andere Land. Im Kalten Krieg war Deutschland Schnittstelle der Bündnissysteme. Und auch heute gilt: Wir sind von allem mitbetroffen, was in Europa zum Guten wie zum Bösen geschieht. Aufgrund unserer Geschichte, unserer Erfahrungen, unserer geographischen Lage setzen wir auf europäische Einigung, auf Integration.

Unsere Mitgliedschaft in den Europäischen Gemeinschaften und in der Nordatlantischen Allianz erst ermöglichte uns die Rückkehr in die Staatengemeinschaft nach dem Zweiten Weltkrieg. Das Vertrauen unserer Partner in Europa und Amerika erst ermöglichte die friedliche Vereinigung unseres Vaterlandes 1990. Europäischer Zusammenschluß ist in einer zunehmend globalisierten Welt die beste Antwort, um uns auch in Zukunft ein Leben in Frieden, in Sicherheit und Wohlstand zu sichern.

Der europäische Einigungsprozeß muß daher energisch vorangetrieben werden. Wir haben uns in der Vergangenheit für die europäische Einigung eingesetzt, eine Zusammenarbeit und eine institutionelle Vernetzung zwischen den europäischen Ländern erreicht, die nahezu alle Politikbereiche umfaßt. Wir haben gemeinsam in Europa ein Maß an Wohlstand erreicht, das 1945 niemand für möglich gehalten hätte. Und wir haben eine Vision für ein erfolgreiches Europa der Zukunft: ein Europa, das wettbewerbsfähig ist in Handel und Industrie, handlungsfähig in Fragen der gemeinsamen Sicherheit und Verteidigung, flexibel in seinen Institutionen und bürgernah.

Wir wissen: Ein Selbstläufer ist die europäische Integration nicht. Die Menschen müssen davon überzeugt sein, daß sie von der europäischen Einigung profitieren. Ein Europa, dem seine Bürger die Zustimmung versagen, ist auf Sand gebaut. Entscheidend ist der Nachweis, daß Europa die Aufgaben, die ihm zugewachsen sind, besser lösen kann als die Mitgliedstaaten.

Von den europäischen Institutionen erwarten wir, daß sie bürgernah und wirtschaftlich effizient arbeiten. Europa muß stärker vom Kopf auf die Füße gestellt werden, damit sich die Menschen in diesem Europa orientieren und zu Hause fühlen können. Wir wollen die deutsche Ratspräsidentschaft dazu nutzen, Bürokratie in Europa abzubauen und Subsidiarität zu stärken.

Innere und äußere Stabilität hängen untrennbar zusammen, denn wirtschaftlicher Erfolg setzt äußere Stabilität voraus. Mit dem Ende des Kalten Krieges ist der ewige Friede nicht ausgebrochen, auch nicht in Europa. Wir leben in einer Welt, in der im Gegenteil eine Vielzahl von Gefährdungen auch jenseits des Militärischen neu dazugekommen ist: Internationaler Terrorismus, grenzüberschreitende Organisierte Kriminalität, Umweltkrisen, Weiterverbreitung von Nuklearmaterial und eine Völkerwanderung neuen Typs erfordern gemeinsames Handeln.

Die Nationalstaaten sind, auf sich allein gestellt, immer mehr überfordert, auf diese Herausforderungen die geeignete Antwort zu geben. Zum europäischen Zusammenschluß gibt es deshalb keine Alternative. Wir brauchen wirksame Konzepte, um der Organisierten Kriminalität das Handwerk legen zu können. Der Schutz der Umwelt, eine umweltpolitisch sinnvolle Verkehrspolitik – dies sind Aufgaben, die wir ebenfalls besser im europäischen als im nationalstaatlichen Rahmen lösen werden.

Wir brauchen europäische Institutionen, die unsere Handlungsfähigkeit auch im Rahmen eines größeren Europa von bald über 20 Mitgliedstaaten sicherstellen. Die Aufnahme der Reformstaaten Ostmittel- und Südosteuropas in die Europäische Union steht bevor. Dem so lange gespaltenen Kontinent eröffnet sich damit die historische Chance, auch politisch eins zu werden. Wir unterstützen Bemühungen, die gemeinsame Geschichte – einschließlich Unrecht und Vertreibung – aufzuarbeiten. Wir haben uns aufgrund unserer eigenen Erfahrungen mit der Teilung Europas und wegen unserer besonderen geographischen Nähe zu den Reformstaaten für den Beitritt derjenigen Staaten stark gemacht, die die wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen dafür erfüllen. Wir sind überzeugt, daß auf mittlere Sicht alle in Europa von der Erweiterung profitieren werden.

Wir können heute auf eine außergewöhnlich erfolgreiche europapolitische Bilanz zurückblicken. Das Geheimnis unseres Erfolgs liegt dar-

in, daß Europa für uns nie Selbstzweck war, es uns vielmehr immer um ein Europa der Bürger gegangen ist. Denn wir sind auf die Zustimmung der Menschen zur europäischen Einigung angewiesen. Deshalb setzen wir uns für ein gerechteres Beitragssystem ein, weil wir wissen, daß eine unverhältnismäßig hohe Belastung Deutschlands die Zustimmung zur europäischen Integration gefährdet.

Wir müssen die Agrar- und Strukturpolitik so weiterentwickeln, daß unsere bäuerliche Landwirtschaft und die Menschen in den ländlichen Gebieten eine dauerhaft tragfähige Perspektive haben. Dies wird sich nur mit mehr Subsidiarität und mehr regionaler und nationaler Eigenverantwortung verwirklichen lassen. Und wir brauchen mehr demokratische Legitimität in der Europäischen Union: ein in seinen Rechten gestärktes und in seiner Mitgliederzahl begrenztes Europäisches Parlament sowie eine stärkere Kontrolle der Kommission durch das Europäische Parlament.

Von entscheidender Bedeutung ist die Stärkung der außenpolitischen Handlungsfähigkeit der Europäischen Union. Heute leben wir Europäer zu einem wesentlichen Teil noch immer in geborgter Sicherheit. In Bosnien haben wir Europäer auf schmerzliche Weise erfahren, daß wir auf uns allein gestellt noch nicht in der Lage sind, verlorenen Frieden wiederherzustellen. Deshalb müssen wir in Zukunft einen stärkeren eigenen Beitrag zur Sicherheit in Europa leisten.

Die CDU ist die Partei der europäischen Einigung und der atlantischen Solidarität. Gerade in Zeiten des Umbruchs ist Berechenbarkeit und verlässliche Partnerschaft von unschätzbbarer Bedeutung. Dieser Partner sind für uns vor allem die Vereinigten Staaten. Wir vergessen nicht, was die Vereinigten Staaten in den vergangenen fünf Jahrzehnten für Frieden und Freiheit in Europa geleistet haben. Erst dadurch ist die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes möglich geworden.

Europäer und Amerikaner bilden eine Wertegemeinschaft und können sich in guten wie in schlechten Zeiten aufeinander verlassen. Nichts unterstreicht dies eindrucksvoller als die Erfolgsgeschichte der Nordatlantischen Allianz. Wir werden auch weiterhin für eine Stärkung und Reform der Allianz eintreten. Die NATO ist Garant unserer Sicherheit und muß auch im gewandelten Umfeld Stabilitätsanker bleiben.

Die deutsche Bundeswehr ist ein tragender Pfeiler der Stabilität in und für Europa. Sie leistet einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung

von Frieden und Freiheit. Die deutschen Streitkräfte entsprechen nach Struktur und Umfang ihrer Aufgabenstellung. Sie sind fähig zur Landes- und Bündnisverteidigung wie auch zur solidarischen Teilnahme an internationaler Krisenbewältigung.

Der Friedensumfang der Bundeswehr von 340.000 Soldaten und die ausgewogene Mischung von Wehrpflichtigen, Zeit- und Berufssoldaten entsprechen den sicherheitspolitischen Bedingungen von heute und morgen. Unsere Soldaten können erwarten, daß sie für alle Aufgaben bestens ausgebildet und ausgerüstet sind. Dafür müssen die notwendigen Mittel bereitgestellt werden. Nur so kann Deutschland seiner Verantwortung und seiner Pflicht zur Solidarität gerecht werden. Frieden und Sicherheit sind nicht zum Nulltarif zu haben.

Die Bundeswehr als Wehrpflichtarmee hat ihren festen und anerkannten Platz im Gefüge unserer Republik. Sie hat sich in vier Jahrzehnten bewährt und ist weithin zum Vorbild für den Aufbau und die Integration von Streitkräften in der Demokratie geworden. Die Wehrpflicht, das Leitbild des Staatsbürgers in Uniform und das Konzept der Inneren Führung prägen den Charakter unserer Streitkräfte.

Wenn Deutschlands internationales Ansehen heute, im achten Jahr nach der Wiedervereinigung, beträchtlich gewachsen ist, so ist dies zu einem wesentlichen Teil der Leistungsfähigkeit unserer Bundeswehr zu verdanken. Die Armee der Einheit ist heute Wirklichkeit. Die Auflösung der ehemaligen NVA und die Eingliederung ihrer Soldaten - das war eine gewaltige Pionierleistung der Bundeswehr bei der Verwirklichung der inneren Einheit unseres Vaterlandes. In der Bundeswehr leisten heute Deutsche aus Ost und West Seite an Seite ihren Dienst - zuletzt im Kampf gegen das Jahrhunderthochwasser an der Oder. Unsere jungen Soldaten haben im Kampf um die Deiche ganz Außergewöhnliches geleistet.

Die Bundeswehr ist heute zu einem international geachteten Faktor für Friedenssicherung und Stabilität geworden. In Bosnien sichern unsere Soldaten gemeinsam mit unseren Verbündeten und Partnern den noch immer brüchigen Frieden. Sie helfen mit, damit die Konflikte dort nicht wieder von neuem aufflackern. Überall findet die Friedensarbeit der deutschen Soldaten Anerkennung - bei Bosniern, Kroaten und bei den Serben. Unsere Bundeswehr leistet dort einen guten Dienst für eine gute Sache.

26. Stabiler Euro – für mehr Wachstum und Beschäftigung

In einem härter werdenden weltweiten Wettbewerb um Produktionsstandorte und Arbeitsplätze werden wir Wohlstand und soziale Sicherheit nur erhalten können, wenn es uns gelingt, den Abbau von Handelschranken und die Vorteile der Arbeitsteilung besser für uns nutzbar zu machen. Deswegen war der gemeinsame europäische Binnenmarkt, den wir 1993 geschaffen haben, die richtige Antwort auf die Herausforderungen wachsender weltwirtschaftlicher Verflechtung. Um aber die Vorteile des Binnenmarktes auch vollständig auszuschöpfen, brauchen wir eine gemeinsame europäische Währung. Sie wird den Standort Europa nachhaltig stärken in einer Zeit, in der sich in anderen Teilen der Welt immer neue Handelszonen und Wirtschaftsblöcke bilden.

Eine gemeinsame Währung verbessert Europas Wettbewerbsposition gegenüber anderen Konkurrenten. Durch die Steigerung unserer Leistungsfähigkeit im europäischen Zusammenschluß können wir vor allem mit den dynamischen Wachstumsmärkten Asiens und Amerikas besser mithalten. Eine gemeinsame Währung verbessert die Wettbewerbsposition des Standorts Deutschland, weil diese Währung unempfindlicher sein wird gegen Wechselkursschwankungen. Zwei Drittel unseres Außenhandels werden künftig in Euro abgewickelt, werden also nicht mehr der Gefahr plötzlicher Wechselkursbewegungen unterliegen. Das schafft Sicherheit in den Unternehmen und für deren Beschäftigte.

Daß der Abschied von der D-Mark gerade uns Deutschen nicht leicht fällt, liegt auf der Hand. Schließlich wissen wir bei der D-Mark, was wir haben, der Euro aber ist etwas Neues – und Neuerungen haben stets etwas Ungewisses an sich. Und die Tatsache, daß die D-Mark heute zu den angesehensten Währungen der Welt zählt, das erfüllt uns zu Recht mit Stolz.

Mit dem Euro werden wir die Erfolgsgeschichte der D-Mark auf europäischer Ebene fortschreiben. Der Euro wird eine ebenso stabile Währung wie die D-Mark, und das auf Dauer. Die Währungspolitik der künftigen Europäischen Zentralbank, die ihren Sitz in Frankfurt am Main nehmen wird, wird sich am bewährten Stabilitätskurs der Deutschen Bundesbank orientieren. Dabei geht die vertraglich vereinbarte Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank sogar über das Statut der Deutschen Bundesbank hinaus, sie ist weltweit ohne Beispiel. Der von uns vorgeschlagene

und im vergangenen Jahr in Amsterdam unterzeichnete Stabilitäts- und Wachstumspakt stellt die notwendige Haushaltsdisziplin der Teilnehmerländer auch nach ihrem Eintritt in die Wirtschafts- und Währungsunion auf Dauer sicher. Arbeitnehmer, Rentner, Sparer und Investoren können darauf vertrauen, daß ihr Geld auch in Zukunft seinen Wert behält.

Die Weichen für eine stabile europäische Währung sind gestellt. Im Gefolge des Maastricht-Vertrags hat Europa ein bisher nicht gekanntes Maß an Preisstabilität erreicht. Im vergangenen Jahr belief sich der Preisanstieg in der Gemeinschaft gerade noch auf 2 % – das ist das niedrigste Niveau seit 32 Jahren. Wegen der hohen Preisstabilität sind auch die Zinsen auf einem historischen Tiefstand angelangt. Sie sind so niedrig, weil an den Finanzmärkten damit gerechnet wird, daß der Euro genauso stabil sein wird wie die D-Mark.

Die Teilnahme Deutschlands an der Europäischen Währungsunion steht außer Zweifel. 1997 lag das deutsche Staatsdefizit bei 2,7 % des Bruttoinlandsprodukts. Damit wurde das Maastricht-Kriterium von 3 % deutlich unterschritten. Das stellt der sparsamen Haushaltspolitik der Bundesregierung ein hervorragendes Zeugnis aus. Auch die meisten anderen europäischen Länder haben sich für die Teilnahme an der Währungsunion qualifiziert.

Der Euro wird die Chancen für anhaltendes wirtschaftliches Wachstum verbessern, und er bringt die Staaten Europas dem Ziel einer Politischen Union ein beträchtliches Stück näher. Mit der Währungsunion werden wir der Modernisierung des Standorts Deutschland neue Schubkraft verleihen und Deutschlands Perspektiven im weltweiten Wettbewerb nachhaltig verbessern.

27. Globale Umweltpolitik – für die Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts

Die CDU wird auch in Zukunft einen ökonomisch und ökologisch sinnvollen Energiemix in Deutschland sicherstellen. Neben der möglichst effizienten und rationellen Nutzung fossiler Energieträger und dem Ausbau der erneuerbaren Energien wird auch weiterhin die Kernenergie ihren Beitrag zur deutschen Energiewirtschaft leisten. Sowohl unter dem Aspekt der CO₂-Reduzierung als auch der Fortentwicklung internationaler Sicherheitsstandards, die auch dem Schutz unserer

eigenen Bevölkerung dienen, können wir uns keinen Ausstieg aus dieser Spitzentechnologie leisten.

Viele Umweltprobleme, mit denen wir heute konfrontiert sind, sind auf nationaler Ebene nicht zu lösen. Der Transport von Schadstoffen in der Luft oder im Wasser macht vor Grenzpfählen nicht halt. Die ökologische Herausforderung ist eine Herausforderung im Weltmaßstab und kann auch nur im Weltmaßstab gelöst werden.

Diese Erkenntnis gewinnt mehr und mehr an Überzeugungskraft: Weltweit wächst die Bereitschaft, die Aufgaben gemeinsam anzugehen. Die UN-Konferenz von Rio de Janeiro, auf der sich 1992 178 Staaten auf ein gemeinsames Aktionsprogramm zum Schutz des Klimas und der Arten und für eine nachhaltige Entwicklung verständigt haben, hat das Startsignal gegeben. Auch wenn die Folgekonferenz von Kyoto im vergangenen Dezember nicht alle Erwartungen erfüllt hat, so hat sich doch gezeigt, daß ein einiges Europa auch gegen erhebliche Widerstände Fortschritte im Umweltschutz durchsetzen kann.

„Global denken, vor Ort handeln“ – das bedeutet, daß Erfolge im Kampf um das ökologische Gleichgewicht auf dieser Erde nur erzielt werden können, wenn jedes Land den ihm zustehenden Beitrag mit den Mitteln nationaler Umweltpolitik erbringt. Die Umweltpolitik der unionsgeführten Bundesregierung war vorbildlich, wir sind unserer Verantwortung mehr als gerecht geworden. Während andere allenfalls Widerstände provozieren, haben wir gehandelt, national und international, mit großem Erfolg. Die Rauchgasentschwefelung, der Katalysator, ein verbesserter Wärmeschutz, der Stop der FCKW-Produktion, das CO₂-Minderungsprogramm, die Kraftfahrzeugsteuerreform – alles das haben CDU und CSU zuwege gebracht, niemand sonst.

Es bedarf weiterer zusätzlicher Anstrengungen. Wir halten an unserem Ziel fest, die CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2005 um 25 % zu reduzieren. Wir wollen den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung – Biomasse, Solarenergie, Wasser- und Windkraft – bis zum Jahr 2010 verdoppeln. Und wir wollen eine EU-weite Schadstoffminderung bei Kraftfahrzeugen ebenso erreichen wie die rasche Einführung des Fünf- und des Drei-Liter-Autos.

Unser Steuer- und Abgabensystem macht gerade das besonders teuer, was wir am dringendsten brauchen: Arbeitsplätze. Dagegen ist

das, woran wir sparen müssen, eher zu billig zu haben: Energie- und Rohstoffeinsatz. Dieses Ungleichgewicht müssen wir wieder stärker ins Lot bringen, wenn wir unseren beiden Hauptzielen, mehr Beschäftigung und weniger Umweltbelastung, näher kommen wollen.

In einem nationalen Alleingang ist diese Aufgabe allerdings nicht zu lösen. Wenn nur bei uns in Deutschland Energie teurer wird, die Unternehmen daraufhin nicht mehr konkurrenzfähig produzieren können und Arbeitsplätze in Nachbarländer verlagert werden, wo dasselbe unter für die Umwelt weniger günstigen Bedingungen produziert wird, dann ist nichts gewonnen – für die Arbeitsplätze nicht und für die Umwelt auch nicht. Wer Umwelt gegen Arbeitsplätze ausspielt, der hat verspielt.

Es geht also nur im europäischen Rahmen. In Frage kommt nur europaweit die Einführung eines erhöhten Mehrwertsteuersatzes für den Energieverbrauch oder die Einführung einer aufkommensneutral und wettbewerbsneutral ausgestalteten CO₂/Energiesteuer.

Durch die weitere Öffnung unserer Märkte für Produkte aus den Entwicklungsländern und im Gegenzug den verstärkten Transfer moderner Umwelt- und Energietechnik müssen Deutschland und Europa ihrer internationalen Verantwortung gerecht werden. Wir streben eine internationale Handelsordnung an, die auch eine Umweltordnung sein muß. Erste Schritte hierzu sind die Stärkung der Rolle der Weltbank und die größere Berücksichtigung von Umweltaspekten in den Regeln der Welthandelsorganisationen (WTO).

Die Charta der Vereinten Nationen muß um das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung ergänzt werden. Außerdem treten wir dafür ein, die Zusammenarbeit zwischen den Umweltorganisationen der Vereinten Nationen zu straffen. Dazu schlagen wir die Einrichtung einer mit den notwendigen Kompetenzen ausgestatteten UN-Dachorganisation für Umweltfragen vor.

28. Unsere Verantwortung für die eine Welt

Sicherheit ist heute nicht mehr auf das Militärische beschränkt, die Grenzen von Außen- und Innenpolitik verschwimmen. Mit der zunehmenden internationalen Verflechtung wächst das Bewußtsein für die Eine Welt als faktischer Schicksalsgemeinschaft der Menschen. Verbundenheit mit der Welt und ihrem Schicksal, dies schließt nach unserer

Auffassung Solidarität mit den Menschen in den weniger entwickelten Ländern ein. Friede und Entwicklung hängen untrennbar zusammen.

Wenn wir an der Schwelle zum 21. Jahrhundert wachsenden Spannungen auf dieser einen Erde entgegenwirken wollen, dann darf diese Welt nicht weiter zerfallen in einen Teil, der reicher, und einen anderen Teil, der ärmer wird. 800 Millionen Menschen auf dieser Erde sind unterernährt, leiden Hunger. Hunger und Armut widersprechen unserem Verständnis von Menschenwürde und Menschenrechten.

Deshalb hat der Kampf gegen die Armut Priorität. Der Weg, den wir hierzu beschreiten, ist richtig: Schaffung geeigneter politischer und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen für Entwicklung als Voraussetzung für unsere Hilfe, also Beachtung der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit, eine sozial ausgerichtete Marktwirtschaft, Entwicklungsorientierung staatlichen Handelns. Hilfeleistung verstanden als Hilfe zur Selbsthilfe, um den Menschen die Chance zu geben, in absehbarer Zeit auf eigenen Füßen zu stehen.

Es ist viel erreicht worden im Kampf gegen Armut und Unterentwicklung auf dieser Welt. Seit Jahrzehnten hat es nicht derart vielversprechende Chancen für Wachstum und zur Eindämmung von Armut in der Dritten Welt gegeben wie heute. In den nächsten 25 Jahren kann sich nach Schätzungen der Weltbank der Anteil der Entwicklungsländer an der Weltproduktion glatt verdoppeln. Verdoppelt hat sich bereits die Zahl der Länder, die ihre Menschen selbst ernähren können, verdoppelt hat sich die Einschulungsrate in den Entwicklungsländern und selbst die Bevölkerungsentwicklung scheint sich langsam auf ein demographisches Gleichgewicht hinzuentwickeln.

Aber wir dürfen in unseren Anstrengungen nicht nachlassen. Weil staatliche Organisationen die Probleme nicht allein lösen können, müssen wir das Engagement der Menschen fördern, das der Betroffenen vor Ort ebenso wie das unserer Mitbürger. Deshalb verdienen die Aktivitäten der Kirchen, der politischen Stiftungen, der Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen unsere Unterstützung. Sie besitzen häufig intensivere Anschauungen von den Verhältnissen vor Ort, die Menschen vertrauen ihnen eher, und ihre Möglichkeiten, flexibel zu handeln, sind häufig größer als die staatlicher Stellen. Und sie vermögen die Menschen bei uns im Land davon zu überzeugen, daß es auch ihre eigene Sache ist, um die es in den Entwicklungsländern

geht. Wenn wir auf Freiheit, Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und Toleranz für die Welt von morgen setzen, dann muß sich dies zu allererst in der Entwicklungshilfe bewähren.

Die Vereinten Nationen sind das Weltforum, in dem die Menschheit in ihren Widersprüchen und Gegensätzen zusammengeführt ist. Wir wollen die Vereinten Nationen stärken und das heißt vor allem: wir wollen sie reformieren. Die Vereinten Nationen brauchen schlankere Strukturen, ein gerechteres System der Beitragszahlungen, größere Transparenz bei ihren Entscheidungen und einen Sicherheitsrat, dessen Zusammensetzung nicht länger die Weltsituation des Jahres 1945 widerspiegelt und der trotzdem handlungsfähig bleibt.

Politisches Handeln ist für uns christliche Demokraten untrennbar mit dem christlichen Verständnis vom Menschen verbunden, mit unserer Verantwortung für den Nächsten und mit unserer Verantwortung vor Gott. Daraus erwächst unser Einsatz für ein starkes Deutschland in einem sicheren und friedlichen Europa als Teil der Einen Welt: einer gerechteren, menschlicheren und friedlicheren Welt im 21. Jahrhundert.

Notizen

Notizen

CDU-Bundesgeschäftsstelle
Abteilung: Öffentlichkeitsarbeit
Konrad-Adenauer-Haus
Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn
E-Mail: post@cdu.de
Internet: <http://www.cdu.de>

